

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Rema-
strichen erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Ersteilung mit Ausnahme
des Montags täglich.

9. Jahrgang.

Samstag, 16. Feber 1929.

Nr. 41.

Der Kampf geht weiter!

Genosse de Witte zur Regierungserklärung. — Genosse Bechné für die Schulautonomie. — Die verdatierten Kommunisten ablenken sich von der Abstimmung.

Prag, 15. Feber. Die heutige politische Debatte im Parlament wurde in wirkungsvoller Weise von Genossen de Witte eröffnet, der auch dem neuen Mann an der Spitze das schärfste Mißtrauen aussprach, ein Mißtrauen, das im Hinblick auf die vielen unerfüllten Versprechungen aller früheren Regierungserklärungen und die Eristigkeit der gestrigen Programmrede wohl seiner näheren Erläuterung bedarf.

Vor großem Auditorium sprach dann Genosse Bechné, der in der Programmierung namentlich jedes Wort über nationale Fragen vermehrte und mutig für die Schulautonomie der Minderheiten eintrat. Bemerkenswert waren auch die herzlich-n Worte, die Genosse Bechné über die Beziehungen zur deutschen Sozialdemokratie sprach, und seine Ankündigung, daß seine Partei mit aller Energie an der Schaffung eines linken Blocks arbeite.

Die Kommunisten waren kleinlauter noch als gestern; erst als Genosse Bechné direkt auf diese ungewohnte Schweigsamkeit der Kommunisten zu sprechen kam, bemühte sich Kufalický den schlechten Eindruck mit dem ganzen Aufwand seiner Stimmkräfte zu vertuschen, erzielte aber nur einen Scheitererfolg. Haken, der einzige kommunistische Redner, fand nicht den richtigen Ton, um seinen üblichen Phrasen von den „Reformisten“ auch nur einigermaßen Glaubwürdigkeit zu verleihen. Die Kommunisten sind durch den verlorenen Streit einfach niedergeschlagen. Bei der Abstimmung über die Regierungserklärung erschien kein einziger von ihnen im Saal, was den Genossen Joháns zu der Frage an den Premier veranlaßte, wie es ihm gelungen sei, die Kommunisten zu dieser Abstinenz zu bewegen. Frau Reminová stellte daraufhin unter dem Beschützer des ganzen Hauses fest, daß es sich offenbar um einen Streit der kommunistischen Abgeordneten handelte, den ersten, der der kommunistischen Partei wirklich gelungen sei.

Die nächste Sitzung wird schriftlich einberufen, bis es die Verhältnisse erlauben. Diese „Kälteferien“ wird die Demokelä wahrscheinlich mit Freude begrüßen, weil sie derart weitere Zeit gewinnt, um ein halbwegs nach etwas aussehendes Programm zusammenzufinden.

Erster Redner des Tages ist Genosse de Witte.

Seiner Ausführungen sind folgende entnommen: Man sind wir wirklich so weit, daß der Premierminister an der Spitze der Regierung steht. Die lange ist es her seitdem die sogenannten westlichen Demokratien nicht nur mit Maschinengewehren, sondern auch mit schönen Sittenprüdelteln gegen den Halbholismus der Mittelstädte aufmarschiert sind; heute sehen wir, daß Deutschland und Österreich wirkliche Demokratien geworden sind, während in einer ganzen Reihe von Siegerstaaten tatsächlich der Halbholismus herrscht.

Die Tschechoslowakische Republik ist aber von dem doppelten Schicksal erfüllt, zugleich Demokratie und ihr Gegenpart zu sein.

Das Firmenbild heißt: „Demokratische Republik“ und im Boden drinnen „Vergeßlichkeit des Volkes“. Man braucht sich nur die Wendung aus der gestrigen Regierungserklärung näher ansehen, wo der neue Regierungschef sagt, daß die Mehrheit der Wähler eine Provokation der Demokratie wäre um schon Selbst zu wissen, wie undemokratisch diese Mehrheit eingestellt sind.

Zeit Jahrs und Tag hatten wir einen Ministerpräsidenten, der offiziell außer Aktion war. Als er schließlich für die Koalition kam hinzu, daß sein Stellvertreter sich in keinem Ausmaß der allgemeinen Beliebtheit erfreute. Man wollte ihn weg haben, aber er ging nicht, denn fast ebenso groß wie sein Talent: sich unbeliebt zu machen, war seine außerordentliche Beharrlichkeit und Zähigkeit. Und so blieb nur der Rücktritt des kranken Ministerpräsidenten übrig. Bei den Wahlen des 2. Dezembers hat sich die Mehrheit des Volkes gegen den Bürgerblock entschieden. Trotzdem glaubt die Koalition aus diesem Votum den Schluß ziehen zu können, daß ein einfacher Wechsel in den Chargen genüge, um die Wählerstimme zu stellen. Das soll die Antwort des Bürgerblocks auf die Wahlergebnisse vom 2. Dezember sein!

Was sind denn Regierungserklärungen von dieser Stelle aus überhaupt wert?

Am 14. Oktober 1923 hat Švehla von hier erklärt: „Jede sachliche und positive Kritik wird immer willkommen sein“. Aber was kam statt dessen? In Wirklichkeit machten wir sehen, daß man alle Anregungen von oppositioneller Seite mißachtet und niedergedrampelt hat. Švehla hat damals auch erklärt, es öffne sich der Weg zur Lösung der Frage des nationalen Zusammenlebens und zur Vertiefung aller Aufgaben des Staates. Stellen wir dieser Erklärung all das gegenüber.

Was seither unter der Regierung Švehlas vom Bürgerblock getan wurde,

so finden wir das Gemeindefinanngesetz mit der Befestigung der Gemeindeautonomie, finden wir die Verwaltungsreform, die alle städtischen Aufgaben zur nationalen Autonomie vollständig befreite, die Landesvertretungen mit der Majorisierung aller Entscheidungen die Aufhebung des Landes Schutzes, die Fällung der nationalen und politischen Aufgaben durch die willkürlichen Ernennungen in die Landes- und Bezirksvertretungen, weitere Drosselung deutscher Schulen, Vagantisierung der deutschen Kultur, bedürftige im Budget.

Das soll also die Lösung der Frage des nationalen Zusammenlebens sein?

Die gestrige Erklärung des Regierungschefs hat

ein paar Phrasen über die Leiden der Bevölkerung

in diesem harten Winter geschossen, ohne daß er aber klar und deutlich zum Ausdruck gebracht hätte, was eigentlich praktisch zur Hilfeleistung für die Hungernden geschehen soll. Im großen und ganzen soll nach den Worten des neuen Regierungschefs alles weiter gehen wie bisher und darum halte ich es für notwendig, einmal etwas mehr über die Tatsachen und Unterlassungen dieser Regierungschefs zu sprechen.

Der erste Gedanke, der sich uns da aufdrängt, ist der Gedanke an jene Menschen, die in diesem unheimlich harten Winter unter der doppelten Not des Frostes und ihres sozialen Notstandes zu leiden haben.

Diesen Notständen steht die Regierung einfach tatenlos gegenüber. Wir begreifen schon daß Verschärfungsmaßnahmen erwachsen, doch hätte es gewiß vermieden werden können, daß die Kohlenversorgung der Bevölkerung sogar in der Hauptstadt des Landes darauf unterbrochen wird. Ich möchte die Gelegenheit benutzen,

um hier ausdrücklich im Namen meines Klubs aufrichtigen Dank den Eisenbahnern zu sagen,

die mit Opfermut und mit ständiger Hingabe ihrer Person unter furchtbaren Verhältnissen ihren Dienst verrichten, die mit Selbstmut den Gefahren dieses abnormen Winters trohen, um soviel, als in ihrer Kraft steht, beizutragen, den Eisenbahnverkehr noch halbwegs aufrecht zu erhalten und Leben und Sicherheit der Reisenden zu schützen! Aber es gibt Dinge die noch weit ärger sind als die Verkehrsalamitäten. Der harte und lang andauernde Frost hat

die saisonmäßige Arbeitslosigkeit ungemein verschärft

und so die Menschen, die gerade jetzt einen größeren Aufwand für warme Kleidung, für fetthaltige Nahrung und Befehigung zu machen hätten in eine schwere Situation gebracht. Die Kinder der Arbeitslosen frieren in ungeheizten Räumen und wir haben schon von Fällen gehört, in denen Menschenleben elend zugrunde gegangen sind. Die Mehrheit hat bei der feierlichen Budgetberatung mit einer sozialen Geste aus dem Gebirgsüberblick 5 Millionen für Kinderanstellungen und 5 Millionen für Jugendfürsorgeorganisationen gewidmet. Wir werden aber von diesen Organisationen mit Klagen bestärkt, daß sie, statt reichliche Unterstüzungen zu erhalten, selbst auf die Auszahlung der bereits bewilligten Beträge warten müssen. Hier gilt mehr als je unter dem Eindruck der großen Not das Wort:

Doppelt gibt, wer schnell gibt!

Eine Verzögerung der Hilfeleistung heißt eine Vernichtung der Hilfeleistung selbst. Es soll nicht allein bei der Geste bleiben, die Unterstüzungen sollen auch wirklich schnell ausgezahlt werden.

Wir fordern daß die Regierung den ersten Gebirgsüberblick, der noch über 15 Millionen

beträgt, sofort zu Hilfsaktionen für die hungernden und frierenden Kinder flüssig macht, und wir sind sehr neugierig, ob die Regierungsparteien den traurigen Mut aufbringen werden, auch über diese Forderung mit der gewohnten Schnoddrigkeit hinwegzugehen. Die Situation der Staatsfinanzen ist keine solche, daß sie auch die beschriebenen sozialen Leistungen unmöglich machen würde!

Genosse de Witte geht nun im einzelnen auf die bisher bekannt gewordenen Seiten der Staatsgebäude für 1929 ein und weist nach, daß die Finanzverwaltung geradezu

ungeheuerliche Mehreinnahmen über den Veranschlag hinaus erzielt hat.

Unter diesen Umständen ist es einfach unfaßbar, daß der Finanzminister auf der einen Seite jedem Verlangen nach Herabsetzung der drückenden Massenverbrauchssteuern ein starrs Nein ausgesprochen hat, auf der anderen Seite aber bei jeder sozialen Forderung auf die angebliche Notlage der Staatsfinanzen verweist. Ich verweise nur auf die ungläubige Schöbheit bei der Bemessung der Altersunterstützungen, auf die Behandlung der Kriegsinvaliden und nicht zuletzt der Alpenkassisten. Darüber gehört auch die Behandlung der Staatsangestellten: Statt die Gehälter des Gehaltssteuers und der Entmündigung wegzumachen, verweigert die Regierung ihren Angestellten die Auszahlung einer einmaligen Feuerungsbeihilfe, obwohl der erforderliche Betrag aus den Kassenbeständen eintreiben werden könnte. Die Regierung hat Geld genug zur Verfügung, um den dringendsten Notständen abzuhelfen und wenigstens einige Forderungen der arbeitenden Menschen zu erfüllen.

Statt dessen sehen wir, daß die Regierungsparteien unbeeinträchtigt durch ihre Niederlage vom 2. Dezember auf dem alten Weg der sozialen und politischen Reaktion weitermarschieren.

Vor allem bedrohen die Agrarier unter heuchlerischer Berufung auf die Not der Landwirtschaft die Lebenshaltung der Bevölkerung und andere handelspolitisch mit ihnen geforderten. Gestern hat sich der Herr Regierungschef bezüglich einer gewisse Beschränkung angesetzt und nur von der Notwendigkeit der „Industrialförderung“ der Landwirtschaft gesprochen. Heraus kommt doch nur ein Protektionismus für die Großlandwirte, in deren Interesse die große Agrarpartei allein wirkt. Selbst wenn unsere Viehzucht nicht konkurrenzfähig wäre, ist dann eine mechanische Forderung wirklich das einzige Mittel, um dem abzuhelfen? Warum hat die Mehrheit wenn sie um das Schicksal der Viehzüchter schon so besorgt ist, unsere Kräfte zur Befreiung der Futtermittelnot so gänzlich übergeben? Warum wollen sich unsere Agrarier nicht zur Einführung von Zucker- und Malzstrahlen nicht verstehen? Nur bei uns beschränkt man sich ausschließlich auf den Weg der Preissteigerung, die notwendigerweise zur Verschlechterung der Lebenshaltung, zur Herabdrückung der Kaufkraft führen muß und damit die Grundlage der Volkswirtschaft untergräbt.

Die sogenannten christlichsozialen Volksparteien wagen gegen diese einseitig agrarische Politik wohl die und da schüchtern aufzutreten, aber wenn es zur Entscheidung kommt, machen sie ruhig alle Anstrengungen auf die Lebenshaltung der Bevölkerung mit. Genoss, wie ich bei der Behandlung des Wohnungsproblems wohl hier und da von Wiederinteressen reden, aber immer im Hausbesitzerinteresse handeln. Es ist charakteristisch, daß von diesem wichtigen Problem gestern in der Regierungserklärung überhaupt nicht die Rede war. Wir bestreiten den Anspruch der Hauseigentümer auf die Valorkierung ihrer Renten ganz und gar; alle Renten sind entwertet worden, warum sollte da just die Hauseigentümer eine Ausnahme machen? Wir fordern ein dauerndes Mietrecht: das den sozial Schwächeren schützt, und ausgiebige Unterstützung aus staatlichen Mitteln, wobei solange sich die Lebenshaltung nicht bessert, von einer Erhöhung der Mietpreise keine Rede sein darf.

Voll und ganz löst die Mehrheit ihren reaktionären Gelüsten aber die Zügel schließend, wenn es gilt, die politische Freiheit und die letzten Reste der Demokratie niederzutramplen.

Wir erheben entschieden Protest gegen die Vorgänge, die sich überall bei der Konstituierung der Landes- und Bezirksvertretungen abgespielt haben. Welche Mißachtung die Regierung allen Grundfragen der Demokratie entgegenbringt, zeigt das Beispiel von Komotau, wo die Bezirksbehörde einen wichtigen Vorwand benutzte, um selbst die Verwaltungskommission aufzulösen und einen absolut herrschenden Vork über Komotau einzusetzen. Genoss Kambaló verhält sich die Staatsverwaltung in Joachimschah, wo die seit zwei Jahren faktischen Gemeinde-

(Fortsetzung auf Seite 2, 3. Spalte.)

Die Elemente führen Krieg! Wie schützen wir die Dofen?

Eine Kälteperiode, wie sie seit mehr als hundert Jahren nicht bezeichnet wurde, ist mit der Wucht einer furchtbaren Katastrophe über uns hereingebrochen und hat das stolze Gebäude der Zivilisation insanken gebracht. Die Naturgewalten überwiegen das Maß, mit dem die Menschen zu rechnen gewohnt sind und alle Errungenschaften der Zivilisation sind in Frage gestellt. Schon ist die Licht- und Wasserversorgung der großen Städte in Frage gestellt, auf manchen Straßen sieht man Frauen am Hydranten mit Klüßen und Krügen Wasser holen. Der Straßenbahnverkehr wird immer spärlicher, in manchen Städten ist er auf ein Minimum reduziert. Die Buntfärberei ist eingestellt, Eisenbahnzüge bleiben im Schnee stecken, hunderte Züge verkehren überhaupt nicht mehr, einzelne Städte sind vom Verkehr so gut wie abgeschnitten. Fabriksbetriebe stehen infolge der Kohlennot vor der Stilllegung, ratlos telefonieren und laufen die Menschen vor einem Kohlenhändler zum andern und können nicht einmal die für den Hausbrand notwendigen Heizmittel bekommen. Krankenanstalten stehen vor der Gefahr, die Kranken immer nicht erwärmen zu können, die Gefahr von Nahrungsmitteln ist ernstlich bedroht, viele Nahrungsmittel erfrieren auf dem Transport, verderben und schon wird für die nächste Zeit das Steigen ihrer Preise in Aussicht gestellt. Niemand kann voraussehen, welche Gefahren bei Fortdauer dieses kalten Winters noch entstehen können.

Dies sind die allgemein fühlbaren Wirkungen des abnormen Winterwetters. Wie aber ist es erst um die Menschen bestellt, für die auch schon jeder milde Winter eine Vermehrung und Enttäuschung ihrer Sorgen und Qualen bedeutet, jener Armen, die in schlechten Wohnungen hocken, nicht über die Geldmittel und „Verhältnisse“ verfügen, um sich die nötigen Kohlen zu beschaffen, die Menschen mit leerem Magen, die in Wohnräumen leben, die wenn das kleine Defizit ausgefüllt ist, sich in wahre Eishöhlen verwandeln! Tausende dieser Notleidenden schlachten vor der erstarrenden Kälte in ihren Wohnungen, die oft nicht einmal diese Bezeichnung verdienen, auf die Straße, um den verwehenden Versuch zu machen, die heißen, frosterstarrten Glieder durch Bewegung zu erwärmen. Im defekten Schuhwerk, in dünnen, verschliffenen Kleidern, durch keinen Pelz, wie ihn die auf der Sonnenseite des Lebens Geborenen tragen, ihren vor Kälte erstarrenden Körper geschützt, oft nicht einmal von innen durch ein warmes Offen erwärmt, irren sie durch die Straßen und haben nur den einen Trost, daß in den prächtigen Geschäften, an denen sie vorübergehen, die kapitalistische Kultur Berge von warmen Wollstoffen, Kleidern, Schuhen und Pelzen aufgeschichtet hat. Vergeblich suchen sie sich gegen die grimmige Kälte zur Wehre zu setzen, denn es fehlt ihnen alles dazu: hinreichende Nahrung, entsprechende Kleidung. Selbst wenn sie Arbeit haben, so reicht ihr Lohn nicht im entferntesten, um neben den täglichen Lebenskosten damit auch die erhöhten Kosten für die Beheizung ihrer Wohnungen zu bestreiten. . . .

Die Regierung hat all dem namenlosen Jammer, den die Katastrophe dieses arktischen Winters über die Bedürftigsten, über die Kinder, die Arbeitslosen und die Armen gebracht hat, bisher tatenlos zugehört. Auch seitens der Gemeindefinanz ist wenig geschehen, um die Leiden, die über die armen Schichten der Bevölkerung hereingebrochen sind, zu lindern. Hier rächt sich in furchtbarer Weise an den Armen, daß der Bürgerblock, um eine „Fürsorgeinflation“ zu verhindern, die Gemeinden durch das Gemeindefinanngesetz und durch Beraubung wichtiger Einnahmsquellen zur Erfüllung ihrer sozialen und humanitären Aufgaben unfähig gemacht hat. Niemals waren eine ganze Reihe von Schutz- und Hilfsmaßnahmen so dringend notwendig, wie jetzt. Die einfachste Pflicht der Menschlich-

leit müßte gebieten, daß Mittel des Staates, der Länder und der Gemeinden augenblicklich bereitgestellt werden, um in diesen schreckensvollen Tagen das Los der Armen erträglich zu gestalten. Bisher ist nichts, wirklich und wahrhaft nichts geschehen! Wir nennen und zivillisiert, aber es konnte geschehen, daß mitten unter uns, nicht anders als es etwa war, da die Menschen noch Höhlenbewohner waren, in elenden Baracken Kinder erfroren sind! Und wie viele werden es sein, denen Kälte und Hunger in diesen Tagen dauernden Schaden an ihrer Gesundheit zufügen werden!

In dem kleinen, viel ärmeren Österreich haben manche Gemeinden schon vor einigen Tagen verschiedene Hilfsmaßnahmen unternommen. Die Stadt Graz hat in den Straßen fahrbare Feldküchen des Bundesheeres auffahren lassen und aus den dampfenden Keßeln wird den Frierenden von Wehrmännern schmachtender Tee verabreicht. Die Gemeinde Wien, unter sozialistischer Verwaltung immer vorbildlich, hat für die dürftigen Kohlenbezugscheine ausgegeben, dreizehntausend an der Zahl, lautend auf zwanzig Kilogramm Kohle, sie hat die große Auswanderungshalle als Notasyl eingerichtet und sorgt für die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für die Arbeitslosen. Auch in anderen Städten ist manches geschehen.

Bei uns hat sich am Donnerstag der neue Vorsitzende der Regierung mit einer Regierungserklärung den beiden Häusern des Parlaments vorgelesen. Was die Regierung für die Opfer der Kältekatastrophe positiv zu tun gedenkt, darüber hat Herr Udrzal kein Wort hören lassen. Um so mehr hat er über die „säkularisierte Wehr“ der Armee gesprochen, hat mit gehobener Stimme in Aussicht gestellt, daß „wenn wir bereit sein werden, hinlängliche materielle Opfer zu bringen, wir in kurzer Zeit eine Armee besitzen werden, die uns eine volle Garantie der Sicherheit nach allen Seiten sein wird.“ Bei der „vollen Garantie nach allen Seiten“, die uns die Armee zu geben verspricht, wird indessen, wenn die Regierung noch länger zögert, kein hungerndes Kind die Garantie erlangen, nicht zu erfrieren . . .

Sowohl die deutschen wie die tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren haben am Tage des Zusammentrettes des Parlaments Anträge und Aufforderungen an die Regierung eingebracht, durch welche sofortige Hilfe für die frierenden und hungernden Menschen verlangt wird. Ist es nicht traurig, daß die Regierung nicht schon längst aus eigener Initiative sich zu Vorkehrungen gegenüber dem Krieg der Naturgewalten gegen die bedürftigsten der Menschen entschlossen hat! An Geld darf es in solcher Zeit nicht fehlen! Unverzüglich müßte die Regierung vor allem den Gemeinden und den bestehenden Jugendfürsorgeorganisationen die notwendigen Mittel zuweisen, sie müßte eine großzügige Beheizung- und Bekleidungsaktion einleiten und Unterkunftsstätten schaffen, die den Frierenden wenigstens für Stunden den Aufenthalt an einem warmen Ofen ermöglicht. Sie müßte allen Angestellten und Arbeitern, die im öffentlichen Dienst unter Einsetzung ihrer Gesund-

heit schier übermenschliches geleistet haben, Ausbissen gewähren, die Dürftigen und Schlichtbelleideten mit Kleidungsstücken versorgen. Und nicht zuletzt müßte sie alles tun, um den sich bereits regenden Wucher unter Androhung schwerer Strafen daran zu hindern, daß er nach all den Schrecken der Kälte und des Hungers aus der aufgefrieren Not Kapital münze. Wird sie dies tun? Wenn nur ein Funken von Menschlichkeit in unseren Regierenden glimmt, so muß er angesichts der Leiden der Notleidenden genügen, daß augenblicklich zur Tat geschritten werde! . . .

Zoeben hat der Reichsverband der Mietervereine in der Tschechoslowakischen Republik über die Wohnfrage und deren heutigen katastrophalen Stand eine Denkschrift verfaßt, die eine Schilderung der Schande unseres Wohnungsselechts enthält und feststellt, daß in der Tschechoslowakei gegenwärtig noch immer Wohnungen für mehr als 100.000 Haushalte fehlen. Hunderte Menschen gibt es, die in alten Kommodiantenwagen, ausrangierten Waggons, armliebigen Bretterbuden, aufgelassenen Biegeleien, Kasköfen und wie zur Zeit der Tropen in Erdlöchern wohnen. Beigefügte Illustrationen liefern die unläugbare Bestätigung dieser Kulturverschmäh. Und es heißt darin:

„In einem Erdloch wird das Kind geboren, so wie es nach der Erschaffung der Welt war. In einem Felsloch muß seine Mutter wohnen, dort verbringt das Kind seine ersten Lebensjahre, die Zukunft der Nation. Ist nicht jedem bei diesem Gedanken weh ums Herz? Was wird das für ein Geschlecht sein, das so erzogen wird? Woher wollt Ihr, daß es Rechte zur Deimaterlange, die es nur in Form von Felslöchern kennt?“

Nicht nur dieser Besorgenswertesten gilt es zu gedenken, sondern auch aller der Helden und Märtyrer der Arbeit, denen wir es zu danken haben, daß die Einrichtungen und Einrichtungen der Zivilisation überhaupt noch funktionieren. Vermag sich einer der fatten Bürger, die noch immer in der Lage sind, ihre Wohnräume behaglich zu durchwärmen, vorzustellen, was es heißt, viele Stunden an einer vom Schneesturm gepöbelten Landstraße an deren Freilegung zu arbeiten, mit frosterstarrten Händen im Freien als Telephonarbeiter oder Landarbeiter seinen Dienst zu verrichten? Die Eisenbahner, Straßenbahner, Lokomotivführer, die Streckenarbeiter und alle die Tapferen, die in diesen Tagen dem Elemente getrotzt haben, damit die anderen reisen und manche Behaglichkeiten genießen können und daß nicht alles ins Stocken gerät, was das Wirtschaftsleben und die Verkehrsmöglichkeiten wenigstens in beschränktem Umfange aufrecht hält!

Ihnen Dankbarkeit zu beweisen, wäre moralische Pflicht! Soziale Einsichtlosigkeit und kapitalistischer Egoismus dürfen nicht das Hindernis sein, den Armen und Schwachen Hilfe zu bringen! W. N.

Der Kampf geht weiter!

(Fortsetzung von Seite 1, 2. Spalte.)

Waffen nicht ausgeschrieben werden, weil sich eine Wehrwehr auf die andere andredet.

Führt sich die Regierung wirklich stark genug, nach allen ihren politischen Niederlagen und bei allen ihren inneren Missetatungen ihre bisherige Gewaltpolitik weiter fortzuführen?

Hat es einen Sinn, anzutrompseln und von Festhalten zu reden, während die Mehrheit in Wirklichkeit aufs tiefste zerrüttet ist und ihr sozialistischer Flügel geradezu Auflösungs Symptome zeigt?

Was haben vor allem die deutschen Regierungsparteien von Udrzal zu erwarten?

Darüber haben wir vor wenigen Tagen von Dr. Kramar erschöpfende Auskunft erhalten. Er ist den deutschen Ministern zwar mit glatten Worten um den Bart gegangen, aber eine positive Anregung zur Lösung aller brennenden Fragen wird man in seiner sieben Spalten langen Rede auch mit der Lupe vergeblich suchen. Herr Dr. Kramar tröstete die Deutschen damit, daß ihnen wenigstens die Institutionen, die sie besitzen, nicht genommen werden sollen. Ein schwacher Trost, aber auch der wirkt nur wie bittere Ironie just in der Zeit, da die deutschen Landesstellen der Pensionsversicherung zum Berdornen verurteilt werden und man die letzten Reste nationaler Gliederung des mährischen Schulwesens mit einem Federstich beseitigt hat. Den großen Gedanken der

Kulturautonomie

tut Herr Kramar hochhabend als einen steiner-

Für die tschechische Sozialdemokratie stellt

Genosse Behnke

fest, daß das Verhältnis der Partei zur Regierung sich nicht geändert habe. Unter einem solchen Regime habe der Sozialismus keine andere Aufgabe, als das Regime zu bekämpfen und die Regierung in offenem Kampfe zu besiegen. Davon andere sich nicht, auch wenn an die Spitze der Regierung ein Mann gestellt würde, dem einige gute persönliche Eigenschaften nicht abgesprochen werden sollen. Nach Diskriminierungen an Stehls und Kramar, die für letzteren alles weniger als schmückhaft ausfallen, erklärte Behnke, das Problem der Zusammenarbeit mit der Opposition sei ein Problem vor allem der Regierung und der Koalition. Der neue Ministerpräsident werde von Anfang beginnen müssen, daß die Regierung einem Kranken gleiche, der sich vornimmt, seine Krankheit zu überwinden. Er vermisst in der Regierungserklärung jedes Wort über die nationalen Verhältnisse, obwohl heute der Bund der Landwirte seinen Beschluß veröffentlicht, die Schulautonomie zu fordern. Diese Autonomie ist auch das offizielle Programm des Schulministeriums.

Wieso kommt es also, daß die Schulautonomie nicht in die Regierungserklärung aufgenommen wurde?

In den schärfsten Worten verurteilt der Redner die Untätigkeit der Koalition und namentlich der beteiligten Ministerien hinsichtlich gesetzlicher Aktion zur Abwehr der Folgen des schrecklichen Winters und erklärt dann auf die Aufforderung Udrzals zur Mitarbeit: Für diese Koalition haben wir gar nichts übrig, aber wir sind bereit zu jeder Mitarbeit, welche in stande sein wird, die Erneuerung des normalen Funktionierens des Parlaments zu gewährleisten, denn an die Stelle der parlamentarischen Demokratie vermag niemand etwas anderes zu setzen als Diktatur. Unter starkem Beifall skizzierte Behnke zum Schluß die nächsten Ziele seiner Partei: Auf-

technischen Unfremd ob. Die Kulturautonomie ist aber in Estland verwirklicht, sie wird in Rariten für eine geringfügige slowenische Minderheit in die Tat umgesetzt und es ist daher gar kein Zweifel, daß sie auch in der Tschechoslowakei verwirklicht werden kann.

Die sozialistische Arbeiter-Internationale hat erst in ihrer letzten Gesamtsitzung die

Forderung nach Autonomie und völliger kultureller Entwicklungsfreiheit der Minderheiten

neuerlich bekräftigt und uns damit wieder in dem Bewußtsein bestärkt, daß unsere nationale Politik keine nationalistische ist, sondern eine sozialistische, und daß sie das Nationalitätenproblem nicht vom Standpunkt einer Nation aus zu lösen versucht, sondern

von dem Gesichtspunkt des friedlichen Zusammenlebens aller Nationen und im Klasseninteresse des Proletariats.

Wir können mit großer Freude konstatieren, daß die Ausbissen dieses Kampfes hier auf allen Linien wiederum günstiger werden, daß unsere Reihen wachsen, daß der Zusammenstoß der sozialistischen Bruderparteien ein engerer wird, daß sich die Arbeiterklasse konsolidiert.

In diesem Bewußtsein können wir ruhig zusehen, wie sich die reaktionäre Wechsellagerung durch allerhand taktische Kunstgriffe noch eine halbe Weile sicherer will. Mit besonnenem Geduld, aber auch mit entschlossener Kampfbereitschaft sehen wir dem immer näher rückenden Tage entgegen, an dem wir diesem System den Todesstoß versetzen werden!

(Starker Beifall.)

gabe der Sozialisten ist es, eine mächtige Koalition der aller Arbeitenden zu schaffen. Die Partei vertritt die Errichtung eines Linksblokes und setzt sich dafür ein, die zwischen der tschechischen und deutschen Sozialdemokratie angeknüpften Bindungen zu verstärken, damit sie in der Solidarität des Kampfes und der Arbeit weiter gedeihen. Die Arbeiterklasse ist in diesem Staate ein gewaltiger Faktor, den man auch in der Politik zu gemeinsamer Solidarität ergreifen muß, um Schulter an Schulter den Staat den Wegen der neuen Gesellschaftsordnung näher zu bringen.

Von den weiteren Rednern beschäftigt sich Fezek (Nat. Dem.) ausschließlich mit Steuerfragen, ohne auf politische Gebiet überzugehen. Nach dem Nationalsozialisten Bergmann und Frau Zemnova wagt sich Ritsch (Zipfer Deutscher) mit slowakischen Problemen. Die folgende Rede des Genossen Grünzner bringen wir an anderer Stelle.

Erst zum Schluß gab Bradac namens aller Regierungsparteien eine kurze Erklärung ab, in der — offenbar als Indiz für die deutschen Aktivisten — wieder von der „Zusammenarbeit aller ohne Rücksicht auf die Nationalität“ gesprochen wird. Für die Opfer der Kälte hat die Koalition wieder nur einen kurzen unverbindlichen Satz, daß die Regierung sich mit allen Mitteln der sozialen und hygienischen Fürsorge darum kümmern werde, daß die Leiden der von der Elementarkatastrophe Betroffenen gemindert werden.

Nach dem Schlußwort Hudeks wird der Staatsrechnungsbuchschluß angenommen und mit den Stimmen der Koalition auch die Regierungserklärung zur Kenntnis genommen.

Die nächste Sitzung wird schriftlich oder telegraphisch einberufen werden, angeblich mit Rücksicht auf die Verkehrsschwierigkeiten, die die Reise der Abgeordneten zu den Sitzungen in Frage stellen. Auf der Tagesordnung befinden sich einige Verträge mit Polen, Fristverlängerungen und Immunitäten.

Die Flucht aus der Hölle.

Von Albert Londres.

Neuer deutscher Verlag, Berlin.

I.

Im Jahre 1927 . . .

Im Januar 1927 konnte jeder, der Zeitungen liest, ein Telegramm aus Cahenne sehen. Es meldete, daß der Strafgefangene Diendonné, ehemaliges Mitglied der Bande Bonnot, bei einem Fluchtversuch den Tod gefunden hätte.

Diendonné? Camille-Eugene-Marie Diendonné. Er war sechsundzwanzig Jahre alt, als die Affäre Bonnot spielte. Von Beruf Kunststicker, von Gesinnung Anarchist oder, wie man damals sagte, Gegner der bestehenden Gerechtigkeit.

In seiner Jugend verbrachte er die Zeiträume eines Alexander Millerand, Urbain, Aristide Briand, Gustave Hervé. Er kennt auch Gustave Le Bon. Er könnte ohne Stocken die Bücher des Sorbonne-Professors Felix Le Danter zitieren. Sitrner und Meißner sind seine Lehrer.

Dies genügt, um ihn zu kennzeichnen. Er gehört nicht zu jenen Arbeitern, die Stammgänge kleiner Pariser- und Nordbahnlinien sind. Er ist ein Intellektueller.

Nach geantener Arbeit hört er Vorlesungen, liest Bücher. Das Unschuldsbekenntnis! Aber er kennt auch „Feinde der Gesellschaft“, er kennt sogar einige von ihnen persönlich, wie Garnier, Bonnot, Callemain, genannt Raymond la Science.

Gerade damals bestiegen Garnier, Bonnot und Callemain die Autos. Sie tragen Revolver und schießen auf Kaufmannsstellen. Sie „erledigen“ Polizisten, töten Polizeiaufsehten. Sie machen noch ganz andere Dinge.

Kein Verkehr für einen Kunststicker!

Man hätte die Burschen ergreifen müssen, die, im Glauben, Apostel zu sein, nur Banditen waren. Aber es gelang der Polizei nicht. Sie stürzte sich auf den Nachbarn, nicht den Hausnachbarn, sondern den Gesinnungsnachbarn. Und so wurde Diendonné verhaftet.

Das Drama fing so an: Er muß die Täter doch auf jeden Fall gekannt haben!

Was war vorgegangen? Die Bande Bonnot begann ihre Verbrechensserie mit einem Angriff auf einen gewissen Caby, einen Klassenboten, als er gerade die Ordener Straße überquerte.

Caby starb nicht. Er bezeichnete Garnier als den Angreifer: „Zuwohl, er ist es“, rief er, „ich würde ihn unter Hunderten wiedererkennen.“

Aber Garnier wurde bald darauf anlässlich der Belagerung eines Hauses in einem Vorort von Paris getötet.

Die Polizei zeigte Caby mehrere Photographien. Caby betrachtete sie.

„Ich habe mich das erstemal geirrt, als ich Garnier als Angreifer nannte. Dieser hier ist der Mörder!“

Und er zeigte mit dem Finger auf das Bild eines Inspektors, dessen Photo als Falle zwischen die Anarchistenlöcher gesteckt worden war . . .

Die Bonnot-Bande setzte ihre Angriffe gegen die Gesellschaft fort. Die aufgeregte öffentliche Meinung verlangte die Ergreifung der Schuldigen.

Diendonné war in Haft. Wie wäre es, wenn man ihn zum Anarchisten Caby stempeln würde? Eines Nachmittags geht Diendonné zwischen zwei Schulbänken, unversiert, ohne Kragen, mit seinem Ull durch die Gänge des Justizpalastes.

Man führt ihn vor den Untersuchungsrichter. Auch Caby befindet sich in den Gängen. Als Diendonné vorbeigeht, gibt ihm ein Artinmalbeamer einen Stoß mit dem Ellbogen und sagt: „Pa-sehen Sie Ihren Angreifer.“

Der Mann, der seinen Mörder sucht, sucht ergriffen.

Fünf Minuten später Gegenüberstellung vor dem Richter.

„Kennen Sie den Mann, Caby?“

Er kennt ihn, er hat ihn toben gesehen. Und man hat ihm gesagt: „Dieser ist es!“

„Ja“, sagt Caby, „er ist es.“

„Sehen Sie mich doch an, Herr, Sie irren sich!“

Caby gibt nicht zu, sich wieder zu irren, zweimal genügt ihm, er sagt: „Er ist es!“

„Ja-ja-la-la!“ antworten die Leute, die etwas von den Dingen verstehen. Wenn Caby Diendonné wiedererkennen hat, so kommt das nicht daher, weil man ihn ihm auf dem Flur gezeigt hat, sondern weil er damals in der Ordener Straße war. Er ist zwar nicht der Mörder, aber er war dabei. Er war aus Menschlichkeit dabei, um die andern am Schießen zu hindern.

So entsteht ein russischer Roman. Aber zur Sache!

Garnier hat Caby angegriffen.

Garnier hat dies vor seinem Tode gestanden.

Ehe er starb, schrieb auch Bonnot: „Diendonné ist unschuldig. Er war nicht in der Ordener Straße. Ich weiß es, denn ich war dabei.“

Das Zeugnis eines Mannes, der sich zum zweitenmal geirrt hatte, wurde höher bewertet als die Wahrheit.

Diendonné wurde zum Tod durch die Guillotine verurteilt.

Bouicars begnadigte Diendonné, er begnadigte ihn nicht, weil er ihm mildernde Umstände zubilligte. Er begnadigte ihn, weil er fand, daß im Laufe des Prozesses der Beweis seiner Schuld nicht geklärt war. Aber was bedeutet bei unseren Rechtszuständen das Wort Begnadigung? Es bedeutet, daß der Begnadigte lebenslanglich ins Zuchthaus geht.

Elf Jahre später kam ich nach Cahenne. Als ich eines Morgens durch die Räume der Disziplinargefangenen von Saint-Joseph auf den Heilinseln ging, wurde mein Blick durch einen Namen an einer Zellentür gefesselt. Es war der Name Diendonné.

„Der von der Bande Bonnot?“

Man antwortete mir: „Ja.“

Der Wärter ließ mich durch das Guckloch sehen. Ein Kopf zeigte sich in der Oeffnung. Es war der Kopf von Camille-Eugene-Marie Diendonné.

„Ich möchte sehen, was hier vorgeht“, sagte ich zu ihm. „Wollen Sie mich sprechen?“

„Ja, ich möchte Ihnen verschiedenes sagen. O, ich habe mich nicht zu beklagen, aber allgemeine Dinge über das Leben im Zuchthaus . . .“

Die Stimme klang erstickt, als ob er einen langen Lauf hinter sich hätte; aber seine Zelle war nur ein Meter fünfzig breit und zwei Meter lang. Er war seit acht Monaten hier eingesperrt.

Der Sprechende Kopf trug noch zu der Unheimlichkeit des Ortes bei. Ich bot, die Tür zu öffnen.

Es geschah. Diendonné richtete sich auf. Er hatte große Augen, in denen das Fieber leuchtete, sein Gesicht war tief eingesunken. Die Wadenknöchel traten spitz hervor. Er hielt sich in Abwehrstellung, aber schien ohne physische Kraft.

„Das Leben im Bagno“, sagte er, „ist fürchterlich. Die Zuchthausordnung erdrückt uns. Sie verriet sicher in ihrer Anwendung den Grundgedanken der Menschen, die sie aufgestellt haben. Sie ist wie ein Gegenstand, der von hoch oben herunter auf die Erde fällt und dabei sein Gesicht vervielfacht. Niemand, den er trifft, kann sich wieder aufzurichten, wir werden alle zermalmt.“

Ein Lichtstrahl drang jetzt in dies Grab. An der Stelle, wo er die Steinplatten berührte, lagen Bücher.

(Fortsetzung folgt.)

Der Frost ist nicht allein schuld!

Die Sparmaßnahmen des Eisenbahnministeriums mitschuldig an dem Chaos auf den Bahnen. — Antwort des Gen. Grünzner an den Eisenbahnminister.

Zu der gestrigen Parlaments-Sitzung antwortete Genosse Grünzner dem Eisenbahnminister auf sein letztes Exposé u. a. folgendes:

Ich möchte mich vor allem mit dem Exposé des Herrn Eisenbahnministers über die Ursachen der Verkehrsstörungen auf den Eisenbahnen beschäftigen. Er hat in anerkannter Weise aus einmütigen von den schweren Dienstleistungen und den Leiden des Personals gesprochen und seine Anerkennung dem Personal gegenüber zum Ausdruck gebracht. Dem Eisenbahnminister wäre natürlich mit einer entsprechenden Belohnung und besserer dienstrechtlicher Behandlung besser gedient. Gegen die menschliche Seite ist der Mensch selbstverständlich nicht gerichtet, sondern zu schützen. Der Lokführer kann sich so kaum einen Begriff davon machen, welche ungeheuren Anforderungen gegenüber ihm die einzelnen Bediensteten, namentlich aber an das Zugpersonal, Lokomotivführer, das Fahrpersonal und die Weichensteller gestellt werden, die fast ohne Schutz gegen die furchtbare Witterung ihren Verpflichtungen nachkommen müssen.

Für diese schwerigen Leistungen wurden die geschlagenen Menschen keineswegs entsprechend belohnt.

Unzulängliche Bezahlung, schlechtes Wohnverhältnis ist das Los der Beschäftigten und Weichenwärter, die so oft in der letzten Zeit unglücklich verunglückt haben. Diese Leute hat man in die letzte Besoldungsgruppe der sogenannten mobilisierten Arbeiter eingereiht, die keine qualifizierte Arbeit zu leisten haben. So schadet man bei uns die Arbeitsleistungen der Eisenbahner ein!

Man kann der Rechtfertigung des Herrn Eisenbahnministers bezüglich der Verkehrsstörungen nicht vollinhaltlich zustimmen!

Es ist richtig, daß die kalten Fröste einen ungeheuren störenden Einfluß ausüben; aber in der Hauptsache liegen die Ursachen der schweren Verkehrsstörungen doch auch in der Unzulänglichkeit der Personalausstattung! So ist für das Jahr 1929 ein systematischer Stand von nur 143.015 Bediensteten präsumiert, was gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um 333, gegenüber dem Jahre 1927 sogar eine Senkung um 17.133 Bedienstete bedeutet; all dies nach dem allgemeinen Personalabbau auf Grund des Restriktionsgesetzes. Es wäre interessant, die allgemeine Verkehrsteigerung, die gesteigerten Leistungen der Lokomotiven und aller Fahrtrahnenmittel und selbstverständlich auch damit aller im Eisenbahndienst beschäftigten Menschen statistisch zu erfassen, weil erst dadurch so recht ersichtlich würde.

Wo die eigentliche Ursache der Verkehrsstörungen, der Verspätungen und zum Teil auch der Katastrophen auf den Bahnen zu suchen ist.

Am östlichen Ende wurden schon vor Eintritt des Winters Schrägane und Blasen an neuen Stellen errichtet, wo die Schneeverwehungen besonders arg zu sein pflegen; solche Vorrichtungen wird man heute vergeblich suchen.

Wären aber Schrägane vorhanden gewesen, so hätte es heuer unmöglich vorkommen können, daß bei einer Schneehöhe von 25 bis 30 Zentimeter schon Züge im Stande stehen geblieben sind.

Ein weitere Ursache, daß die Lokomotiven verspätet laufen werden, liegt darin,

daß die Züge ohne Rücksicht auf die Witterungsverhältnisse normal beladung werden,

während nach den früheren Vorschriften bei strenger Kälte die Beladung der Züge entsprechend herabgesetzt werden mußte, damit die Lokomotive nicht überlastet wird. Wenn heute einer Lokomotive ohne Rücksicht, ob es nun 10 oder 20 Grad Kälte gibt, eine Zugbelastung von 1000 Tonnen auferlegt wird, dann muß die Lokomotive infolge der Überlastung reparaturbedürftig werden! Das kostet Geld und außerdem scheitert die Lokomotive natürlich auf eine gewisse Zeit überhaupt aus dem Betrieb aus.

In den Heizhäusern ist kein entsprechend Personal speziell zur Wartung der Lokomotive bestimmt.

Comit könnte es nicht vorkommen, daß die Verbindungslinien zwischen Tender und Lokomotive und die Kesselrohre, in denen das Speisewasser fließt, einfrieren. Bevor das wieder aufhört, vergehen zwei bis drei Stunden und das Resultat ist eine dementsprechende Verspätung der Züge, den die Lokomotive beschleunigen soll.

Noch ein Umstand wirkt auf den Verkehr hemmend ein, das ist das Fehlen der typischen Personalreserve,

die früher für erkrankte und benäuhete Bedienstete vorhanden sein mußte. Diese Reserve fehlt heute infolge des Sparsystems und des Abbaues und wenn der Krankenstand heute 25 bis 30 Prozent beträgt, dann müßten naturgemäß Züge ausfallen und der Verkehr reduziert werden.

In der letzten Zeit hat man sich doch endlich entschlossen, dem Personal im Verkehrsbedienst bei großer Kälte warme Suppen und Getränke zu verabreichen. Was nützen aber schließlich diese Suppen? Es ist keine ordentliche Suppe, weil sie zu einem billigen Preis hergestellt werden muß und damit können die Bediensteten ihren Körper nicht entsprechend wärmen. Wenn der Eisenbahner seinem Körper nicht genügend Fett zuführen kann, dann nützt kein Tee und keine Suppe. Dazu kommt, daß so ein warmes Getränk nur einmal in einer Nacht verabreicht werden darf, und findet sich ein Vorstand, der aus rein menschlichen Rücksichten eine solche Portion verabreichen läßt, dann schreibt ihn die Behauptung dieser Bezahlung aus eigener Tasche vor!

Genosse Grünzner behauptet dann eingehend die Ungerechtigkeiten, die mit den Remunerationen für die Kältekampagne verübt wurden, und führt Fälle an, die auf die „Entpolisierung der Bahnen“ ein bezüglicheres Licht werfen. Heute lassen sich Eisenbahner und Staatsangestellte überhaupt schon auf drei Seiten organisieren, nur, damit sie sich mit drei Legitimationen ausweisen können, um ihre Leistung zu schützen. Warum bringt die Eisenbahnverwaltung nicht den Mut zur Belegung von Dienststellen namentlich im deutschen Gebiet und Verordnungen nur auf Grund der Qualifikation vorzunehmen und ohne politische Rücksichten? Der Herr Minister mag nur selber den Mut aufbringen und nicht nachgeben, wenn Koalitionsparteien auf die Vergabung von Stellen bei der Eisenbahn Einfluß nehmen wollen!

In den Verhandlungen über die Systemisierung war immer davon die Rede, daß die gegenwärtige Systemisierung nur eine Provisorische sei und auf

Grund der gewonnenen Erfahrungen revidiert werden sollte. Wir verlangen, daß jeder Posten im Staatsdienst als systemisierter Posten bezeichnet werden soll, auf dem ein Bediensteter ein Jahr lang ununterbrochen voll beschäftigt ist. Wenn dieser Posten einen Menschen ein Jahr lang voll beschäftigt, dann ist zur Genüge dargelegt, daß der Posten notwendig ist und daß man ihn nicht nur mit Hilfskräften oder Vertragsarbeitern besetzen soll. Wenn man aber, wie es bei der provisorischen Systemisierung geschehen ist, kaum 50 Prozent des Bedarfsstandes für die systemisierten Posten bestimmt hat, dann kann man naturgemäß den Anforderungen des Dienstes nicht entsprechen und dann muß natürlich auch eine so kolossale Erregung und Unzufriedenheit unter den Staatsangestellten hervorgerufen werden.

Dr. Engel hat seinerzeit erklärt, daß die Gehaltsregulierung eine Reduktion von 700 Millionen erfordert. Nun läßt uns der Staatsrechnungsschluß für 1927 darüber auf, daß eigentlich nur 336 Millionen erforderlich gewesen sind, also nicht einmal die Hälfte dessen, was der Herr Finanzminister damals an neuen Einnahmen für die Bedienung der Gehaltsregulierung gefordert hat!

Es ist erwiesen, daß dieses Gehaltsgesetz und die Systemisierung für alle Kategorien unhaltbar geworden ist. Das gestehen auch schon die Koalitionsparteien ein und in der jüngsten Zeit haben namentlich die liberalen Parteien den staatlichen und öffentlichen Angestellten wiederum allerlei Versprechungen gemacht. Wir werden sie beim Worte nehmen, wenn sie sich zu einer Neuüberprüfung entschließen sollten! Wir haben angesichts der Notlage der Staatsangestellten infolge der fortwährenden Linderung und der Erhöhung der Mieten für die Übergangsjahre einen außerordentlichen Leistungsbetrag geleistet. Wir verlangen deshalb auch für die Eisenbahnbediensteten als Lohn für ihre erhöhten Leistungen während der letzten Jahre besonders außerordentliche Zulagen. Bei der Markierung der erhöhten Leistungen des Personals seitens des Eisenbahnministers soll und darf es durchaus nicht sein Bewenden haben, sondern es muß den Bediensteten auch in wirtschaftlicher Hinsicht geholfen werden.

Es liegt an den Staats- und öffentlichen Angestellten, mit dem Ziffernblatt in der Hand die Voraussetzungen zu schaffen, um die Lücke aller Neu-, das Regalgesetz vom Jahre 1926, zu schließen.

(Lebhafter Beifall)

Erfolg der Notstandaktion unserer Genossen im Genat.

Wie wir gestern berichteten, hatte Genosse Dr. Heller in der Plenarsitzung des Senates beantragt, daß sich alle Parteien dahin einigen mögen, die Regierung aufzufordern, sofort Vorkehrungen gegen die durch die abnorme Witterung entstandene Not zu treffen und die hierfür erforderlichen Mittel bereitzustellen. Dieser Antrag wurde nun Freitag von allen Parteien angenommen und dem Präsidium des Senates überreicht; er wird zweifellos in einer der nächsten Sitzungen des Senates einstimmig angenommen werden.

Auch der Staat als Lebensmittelvertreuer.

Erhöhung der Salzpreise ab 1. März.

Das Salz ist bekanntlich in der Tschechoslowakei außerordentlich teuer. Das kommt daher, daß der Staat die Einfuhr deutschen Salzes eingestellt hat und infolgedessen den Preis des Salzes billiger kann. Das hat die Konsumenten schon viele Millionen gekostet. Als seinerzeit das tschechoslowakische Salz so ungenießbar war, daß es schon ein Skandal war, hat man eine bessere Qualität von Salz in den Handel gebracht. In der Lieferung dieses sogenannten Tafelsalzes ist jetzt eine Störung eingetreten. Es ist nun interessant, was die Ursache dieser Störung ist. Die Regierung beabsichtigt nämlich deswegen, weil das Salz gut eingeführt ist und der Konsument das Tafelsalz vor dem schmutzigen grauen gewöhnlichen tschechoslowakischen Salz bevorzugt, den Preis des Salzes ab 1. März zu erhöhen und hält daher mit den Lieferungen des Salzes an Kaufleute und Konsumenten zurück. Die Erhöhung wird nicht weniger als 1200 Kronen pro Baggon betragen und der Minister für öffentliche Arbeiten Spina, dem das Salzmonopol untersteht, hat bereits seine Zustimmung hierzu gegeben. Wenn die Regierung etwa behaupten sollte, daß die Produktionskosten des Salzes hohe sind und der Preis daher erhöht

werden muß, so würde das jedenfalls an der technischen Leistungsfähigkeit unserer Salzproduktion liegen. Die Herren müßten nach Deutschland gehen und dort etwas lernen. Dann würden sie instande sein das Salz noch billiger zu geben als die Preise in der Tschechoslowakei bisher betragen haben. Aber die technische Rückständigkeit des Salzmonopols auf die Konsumenten zu überwälzen, das ist die schlechteste Wirtschaftspolitik, die man sich nur denken kann.

Im übrigen ist die Art, in der der Staat da vorgeht, einfach unqualifizierbar. Wenn ein Kaufmann eine Ware zurückhält, weil er weiß, daß sie im Preise steigen wird, wird man das als Wucher bezeichnen. Der Staat aber macht dasselbe und bedient sich der gewöhnlichen Praktiken eines kleinen Wucherers. Dabei liegt gar kein Grund vor, den Salzpreis zu erhöhen. Der Staat macht beim Salz ein ganz gutes Geschäft und nur weil er den Markt monopolistisch beherrscht, nützt er diese Macht aus. Was sollen dann die privaten Kapitalisten machen, wenn der Staat offen als Preistreiber auftritt?

Die Grippeinfektion

beruht stets auf der verminderten Widerstandsfähigkeit des Organismus. Stärken Sie Ihren Körper durch andauernde Massage. Die Grippe bekämpfen Sie erfolgreich mit Mentholfranzbranntwein

ALPA

Fragen Sie Ihren Arzt, er wird Ihnen Alpa-Massage wärmstens empfehlen. Eine folgerichtige Desinfektion des Mundes, der Nasenhöhle und der Atmungsorgane mit Alpa ist der beste Schutz gegen Grippe. Das Einatmen von unverdünntem Alpa ist von wohltuender Wirkung. In den Wohnräumen zerstäubter Alpa desinfiziert die Luft.

Kaufte „Alpa“ in Originalflaschen mit Plomben. 4602

Gewaltige Protestkundgebung in Komolau.

Gegen die Einsetzung eines Regierungskommissars.

Stomolan, 15. Februar. Heute abends tagte in den Parksälen in Stomolan eine massenhafte öffentliche Versammlung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die zu dem unerhörten Willkürakt des Komolauer Bezirkshauptmannes Stellung nahm. Der Bezirkshauptmann hatte wegen einer „politischen Demonstration“ der Gemeindeverwaltungs-Kommission in Komolau diese ohne zureichende gesetzliche Begründung aufgelöst und einen Regierungskommissar als unangenehmen Stadtvogt eingesetzt. Die Versammlung verurteilte diese diktatorische Maßnahme des Bezirkshauptmannes auf das schärfste und schloß sich einhellig der sozialdemokratischen Forderung nach baldiger Ausschreibung der Wahlen in die Stadtvertretung Komolau an.

Der französisch-tschechoslowakische Handelsvertrag

im außenpolitischen Ausblick.

In der gestrigen Sitzung des außenpolitischen Ausschusses gelangte nach dem Referat des agrarischen Abgeordneten Hudek der mit Frankreich abgeschlossene Handelsvertrag zur Verhandlung. In längeren Darlegungen begründete der Referent die Vorteile des neuen Handelsvertrages, erörterte die Einzelheiten des Vertragsvertrages und schloß seine Darlegungen mit der Feststellung, daß ausföhrlich der Verhandlung dieses Vertrages in der französischen Kammer in „liebenswürdig-freundlich-artiger“ Weise der verbündeten Tschechoslowakei gedacht wurde.

In diese Behauptungen des Referenten knüpfte nun Genosse Dr. Czoch an, indem er darauf verwies, daß sie mit dem einschlägigen parlamentarischen Vorgang in der französischen Deputiertenkammer kontrastieren denn der Berichterstatter der Handelskommission erhob während der Beratungen eine ganze Reihe von schweren Vorwürfen gegen die Tschechoslowakei und stellte vor allem mit Bedauern fest, daß die Tschechoslowakei noch immer die Einfuhrverbote aufrechterhält, deren Aufhebung vom Völkerverband anempfohlen worden war und deren vollständige Unterdrückung die Internationale Konvention vom 8. November 1927 vorsehe. Wie man sieht, haben alle diese Feststellungen des französischen Berichterstatters, haben die ganzen Serien der in der französischen Kammer gegenüber der Tschechoslowakei erhobenen Bemängelungen mit der von Abg. Hudek behaupteten „liebenswürdig-freundlichen“ Erwähnung der Tschechoslowakei nichts zu tun und beweisen das Gegenteil der vom Referenten gegebenen Darstellung.

Genosse Dr. Czoch verwies weiter auf eine ganze Reihe merkwürdiger Vertragsbestimmungen und insbesondere auf die Frankreich zugestande-

Rüftet zum Frauentag am 10. März!

An diesem Tage finden keine anderen Veranstaltungen der Partei und der Bruderorganisationen statt. Der Frauentag wird wie im Vorjahr gemeinsam mit den tschechischen Genossinnen veranstaltet.

Senat.

Die gestrige Sitzung des Senatsplenums dauerte nur eine Stunde. Auf der Tagesordnung stand das Pensionsversicherungs-gesetz der Pensionsangehörigen, doch erlitteten gestern nur die beiden Berichterstatter Faček und Brochazka ihre Referate, während die Debatte erst in der nächsten Sitzung, welche für Mittwoch, den 20. ds. um 11 Uhr vormittags anberaumt ist, beginnen wird.

nen Vorzugszölle, die sich in die übrige Handelsvertragspolitik der Tschechoslowakei absolut nicht einfügen lassen und die auf eine ganz ungebührliche Vorzugsbehandlung des Frankreichs hinauslaufen. Nach allen Richtungen sei vollständige Klarstellung notwendig.

Den Darlegungen des Genossen Dr. Czoch folgte eine eingehende Aussprache; in deren Zuge mußte der Referent die Konstatierungen des Genossen Dr. Czoch über die französische Kritik an der Handels- und Verbotspolitik der Tschechoslowakei schließlich zugeben.

Nach durchgeführter Aussprache wurde der Vertrag mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Die Krise in den kommunistischen Gewerkschaften.

Auseinandersetzungen im Holzarbeiterverband.

Während die kommunistische Presse den Zusammenbruch des Reichsberger Streikpaktisches damit zu entschuldigen sucht, daß die „reformistischen“ Verbände nicht mitgegangen sind, zeigt es sich, daß innerhalb der kommunistischen Gewerkschaften selbst große Unterschiede in der Auffassung der gewerkschaftlichen Taktik bestehen. Mut sind gegenwärtig diese Differenzen im kommunistischen Holzarbeiterverband. Am Sonntag fand in Reichenberg eine Konferenz der kommunistischen Holzarbeiter statt, wo es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaftern Hanke und Kratky einerseits und dem Abgeordneten Stern und dem Vertreter des J. A. B. Jonaš andererseits kam. Der Grund zu diesen Auseinandersetzungen ist, daß eine Gruppe im kommunistischen Holzarbeiterverband vom Anschluß an den J. A. B., den Organisator aller gewerkschaftlicher Niederlagen, nichts wissen will, während die Vertreter der kommunistischen Partei diesen Anschluß betreiben. Hanke verteidigte seinen Standpunkt damit, daß der Anschluß an den J. A. B. Verluste an Mitgliedern mit sich bringen werde, während Kratky darlegte, daß die Verschiedenheit der organisatorischen Einrichtungen des Holzarbeiterverbandes und des J. A. B. einen Zusammenhluß derzeit nicht möglich machen. Demgegenüber wies Stern daraufhin, daß der Beschluß des Kongresses der roten Gewerkschaftsinternationale eingehalten werden müsse und daß jede Stellungnahme dagegen den Weg zur Amsterdamer Internationale frei mache. In einer Abstimmung kam es in der Konferenz nicht.

Konfession: (sachlich-katholisch?)

Die christlichsozialen Politiker und Journalisten fühlen sich bei der Versöhnung zwischen Kirche und Faschismus nicht recht wohl. Sind sie auch längst so wenig christlich als sie sozial sind, und sind sie auch faktisch in Oesterreich, in Belgien, bei uns und in Ungarn die Schrittmacher des Faschismus, so legen sie doch einen gewissen Wert auf das Lippenbekenntnis zur Demokratie und zum sozialen Gedanken, wollten sie doch den Ähren gern einreden, daß von ihrer Seite nichts für die Demokratie zu befürchten sei. Die Verfolgungen der Popolari, der katholischen Volkspartei in Italien, durch die Faschisten schienen ja zu bestätigen, daß zwischen Kirche und Faschismus das Tuch zerhauen sei. Und nun kommt die feierliche Ausöhnung zwischen Vatikan und Faschismus, nun segnet der Papst die Marsch der im schwarzen Hemd und der Duce wieder beschenkt den „Stellvertreter Christi“ mit zwei Milliarden, die das italienische Volk zu allen anderen Lasten wird tragen müssen.

Jede Auseinandersetzung ist den Herrschern zeitungen höchst peinlich und man versteht, daß die „Deutsche Presse“ alle Anstrengungen macht, den Fakt zu vertuschen. Sie will also beweisen, daß der Papst gegenüber den Garantien sehr viel gewonnen habe und daß der schände Mammon das wenigste sei. In Wahrheit gewinnt der Papst eine eingebildete Autorität und Souveränität, denn im Ernst wird der Zwergstaat, der kaum an die Größe San Marinos und schon gar nicht Monacos heranreicht, keinerlei Bedeutung haben. Dabei ist doch Mussolini der letzte, den es beschweren würde, daß er einen Vertrag unterschrieben hat. Wenn ihm etwas nicht passen sollte, würde er sicher ohne alle Umstände den Vertrag brechen und einen wirklichen Schutz gegen faschistische Gewalt bietet der „Staat“ ja nicht. Darum wollte doch der Papst immer die internationale Garantie seiner Souveränität, nun aber beruht sie lediglich auf einem Vertrag mit Italien, das ohne besondere Folgen diesen Vertrag brechen kann, wann es will. Der Staat des Papstes wird so klein sein, daß er dem Völkerbund nicht beitreten kann, also nicht unter den internationale Verträge großen Zills abschließenden, Staaten erscheinen wird. Was bleibt also über die Garantien von 1871 hinaus? Eben doch nur der Mammon und das Konkordat, die Meritalisierung des italienischen Staates, die aber einen gefährlichen Pakt hat.

Die gelehrten Kirchenrechtler der „Deutschen Presse“ mögen doch nachlesen, was ihnen der Herr Vater Hilgenreiner selbst zum Thema mitgeteilt hat. Er schreibt, daß Mussolini „ohne Zweifel den innerpolitischen Vorteil erlangt, daß die Kirche noch mehr als bisher in den Dienst der italienischen Staatsidee gestellt werden kann.“ Und was für einer Staatsidee! Aus dem „Gefangenen im Vatikan“ ist der Gefangene des Faschismus geworden. Und glaubt man wirklich, die religiöse Erziehung durch die Geistlichkeit werde in Italien Mussolinis eine andere als die faschistische sein können? Die Befreiung des Papstes wird darin bestehen, daß seine Priester in den Schulen die Wortdaten des Faschismus predigen werden.

Wenn die „Deutsche Presse“ meint, der Vertrag sei mit Mussolini geschlossen worden, weil man die Frucht breche, wenn sie reif sei, so muß es hier schon so scheinen, als ob Mussolini die Frucht gebröckelt habe. Die „Deutsche Presse“ mag sich noch so auf Gelehrsamkeit und Besserwissen aufspielen, aber, wie in der Polemik über unser Feuilleton „Meine Szene im Inferno“, das anscheinend wie ein Tarantelstich gewirkt hat, in den räuberhaften Ton eines polternden Schöpfers verfallen, sie wird doch den peinlichen Eindruck nicht verweisen können, den das Blutbündnis zwischen Kreuz und Revolver macht. Das Problem Sozialismus und Religion wird durch die Ehe zwischen Vatikan und Faschismus allerdings der Klärung näher gebracht, aber nur in dem Sinne, daß alle Welt einseht, daß Religion mit Papsttum nichts zu tun hat und daß ein wahrer „Christ“ einer Gemeinschaft nicht angehören kann, deren Priester dem neuen Brauche folgend, bald mit Niginosöl statt mit Chrisma salben werden!

Der mährisch-schlesische Landesausschuß kann nicht tagen.

Brünn, 15. Feber. Heute sollte der mährisch-schlesische Landesausschuß eine Sitzung abhalten, die aber nicht stattfand, da der Konflikt zwischen Landesausschuß und Landesbehörde wegen der Ausschaltung der Landesausschuhmitglieder von der Verwaltungsseite nicht bereinigt ist. Da die Landesausschuhmitglieder sämtlicher Parteien sich weigern, dem Diktat des Bürokraten zu gehorchen, haben sie sich zu der Sitzung einfach nicht eingefunden.

Wieder Brotarten in Rußland.

Die Sowjetregierung hat sich zur Wiedereinführung des Brotkartensystems in den großen russischen Städten entschließen müssen. In Moskau werden Brotbücher ausgegeben, sowie Karten für den Bezug anderer Lebensmittel, ebenso in Leningrad, Charlow, Odessa und Kiew. Es gibt also freie Brotversorgung in ganz Rußland minus sechs. Minus sechs — das ist der Freiausdruck für jene Verwaltungsanordnung, die politisch mißliebigen Personen den Aufenthalt im ganzen Sowjetgebiet außerhalb der sechs größten Städte gestattet. So ist Rußland heute zureichend mit Lebensmitteln versorgt — aber minus sechs.

Wiedereinführung von Brotkarten ist ein bedenkliches Symptom. Es erinnert an die Schlangens vor den Brotläden, an die dumpfe Verzweiflung der Hungernden aus der Zeit des Krieges und des Kriegskommunismus, es bedeutet den Rückweg in das alte Elend, das man nach den tödlichen Tiraden über die Segnungen der Sowjetherrschaft für das russische Volk schon längst überwunden glauben mußte; ein sehr bedenkliches Symptom.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß sowohl die Sowjetpresse in Rußland, als auch die Sowjetpresse in anderen Ländern sich bemüht, diese offensündige Notstandsmaßnahme zu beschönigen. Man erzählt, daß die Sowjetunion über genügend Brotgetreide im Ural, in Sibirien und in Kasakstan verfügt, nur eben gäbe es Transportschwierigkeiten. Die Leute, die in den sechs großen Städten Rußlands vor den Brotläden Schlange stehen müssen, haben also die Wahl, welcher Unfähigkeit der Sowjetherrschaft sie die Schuld zuschieben sollen. Sie können entweder fluchen über

Die Wiener „Waffenkunde.“

Wien, 15. Feber. (Eigenbericht.) Die bürgerlichen Blätter hatten heute früh alle möglichen aufgezogen und übertriebenen Meldungen über die gestrige Waffenbeschlagnahme im sozialdemokratischen Parteibüro gebracht. Es wurde erzählt, daß angeblich 30 Maschinengewehre und einige hundert Manlichergewehre aufgefunden worden seien. Demgegenüber ist festzustellen, daß kein einziges Maschinengewehr aufgefunden wurde und daß es ein altes, unbrauchbares Maschinengewehr war, das noch aus der Zeit nach dem Umsturz stammte, wo man sogar von revolutionären die Parteien Waffen ausgaben. Die übrigen Waffen, die aufgefunden wurden, sind zum größten Teil Leinwandstücke Gewehre, die gegen vorchriftsmäßige Einfuhrbewilligung der Zoll- und Sicherheitsbehörden aus Deutschland, wo sie ordnungsgemäß gekauft und ordnungsgemäß nach Oesterreich eingeführt wurden und hier an die Arbeitervereine verteilt werden sollen. Diese Befunde werden ganz ungewisshaft von dem zuständigen Gericht dem Zeitungswesen zur Verfügung gegeben. Andere Gewehre, die nach beschlagnahmt wurden, sind solche, die zur Zeit des ungarischen Einalles in das Bürgerland von der damaligen

Kramar's Rede.

Kritik des Legionärorgans.

Auch das „Kardinal Osvobozeni“, das Organ der Legionärgemeinde, kritisiert in scharfer Weise die Rede, die Dr. Kramar jüngst über das Verhältnis von Tschechen und Deutschen gehalten hat. Das Blatt schreibt:

„Aus seiner Rede wird offenbar, daß er kein Programm für die Zukunft hat. Er wünscht, daß der deutsche Nationalismus ein dauernder Faktor unseres politischen Lebens bleibe. Jedem, der in die Zukunft zu schauen vermag, ist klar, daß die Entlohnung der heutzutage Form der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit nicht innehalten wird. Deshalb ist ein positives Programm notwendig. Kramar redet nur davon, worin man den Tschechen nicht nachgeben darf. Mit einem ähnlichen Negativismus in der Politik kommt man nicht aus. Es ist sicher richtig, wenn man zur deutschen Weisheit offen darüber spricht, was möglich und was nicht möglich ist. Aber es handelt sich nicht darum, was ich nicht will und nicht kann, sondern vor allem kommt es darauf an zu wissen, was ich will und was ich kann. Kramar weiß es nicht. Kramar hat es fehlen gewollt. Er gehört nicht zu jenen, die die Geschichte bestimmen und mitgeschaffen, sondern zu jenen, die von ihr mitgeschleppt werden.“

Mit der Auffassung des Hattes, daß die Voraussetzung einer dauernden deutsch-tschechischen Zusammenarbeit ein positives nationales Programm ist, können wir uns vollkommen einverstanden erklären.

Wutrott der Verwaltungsreform in der Slowakei. Zu ähnlichen Folgen wie in den historischen Ländern hat die Verwaltungsreform in der Slowakei geführt. Von 3500 Gemeinden in der Slowakei befinden sich, wie das „Právo Lidu“ meldet, 3000 in einer schweren finanziellen Krise, welche nicht beseitigt werden kann, weil durch das Finanzgesetz die Steuerquellen der Gemeinden beschnitten wurden. Es bleibt also den Gemeinden nichts anderes übrig, als den Ausgleichsfonds in Anspruch zu nehmen. Der ganze Fonds in der Slowakei beträgt aber nicht mehr als 18 Millionen Kronen und es ist ganz ausgeschlossen, die Forderungen der 3000 Gemeinden auch nur einigermaßen zu befriedigen. Dazu wäre ein Betrag von mindestens 70 Millionen Kronen notwendig. Das Fiasko des Finanzgesetzes wird immer mehr offenbar.

Die sei nicht gänzlich abgeschafft, bestehe vielmehr weiter für Nichtkatholiken sowie für ungläubige Katholiken. Die vor dem Landesamt geschlossenen Ehen fallen bezüglich der Nichtigkeitserklärungen und Dispense nicht unter das kanonische Recht.

Das Regentenrecht des Staates, wonach der Staat in Italien während der Bilanz von Benefizien deren Einkünfte einzog, ist aufgehoben. Eine Reihe von Steuern, mit denen der Klerus bisher belastet war, ist aufgehoben. Die Verwaltung der Palatinischen Kirchen, d. h. derjenigen Kirchen, die dem königlichen Hause unterstellt waren, tritt der König an den Papst ab. Eine einzige Ausnahme bildet das Bistum von Rom, wo bekanntlich die Könige und Königinnen Italiens beigelegt werden. Bezüglich dieser Kirche behält sich der König die Ernennung des Kapitels vor. Das heilige Haus von Loreto mit seiner gesamten Verwaltung wird der geistlichen Behörde unterstellt. Das Blatt bemerkt dazu, daß dies in Anbetracht der Hunderte von Millionen, die dort jährlich eingehen, von großer Bedeutung sei.

Troški.

Berlin, 15. Feber. (Eigenbericht.) Nach Meldungen aus Konstantinopel wird Troški vorläufig in Istanbul bleiben, weil man ihm weitere Reisekosten wegen seines verschlechterten Gesundheitszustandes nicht mehr zuzumuten will. Troški wohnt mit seiner Familie in Pera, im früheren russischen Botschaftspalast, dem jetzigen russischen Generalkonsulat, in völliger Abgeschlossenheit. Auch mit dem Konsulatspersonal kommt Troški samt seiner Familie nicht in Berührung. Beamte der russischen politischen Polizei, die mit Troški in Istanbul eingetroffen sind, üben scharfste Bewachung aus.

Die türkischen und russischen amtlichen Zielversichern mit offenbar vereinbarter Uebereinstimmung, sie wählten nicht von einer Ankunft Troškis und interessierten sich auch nicht für diese Frage, denn Troški sei jetzt ein einfacher Privatmann, dessen Reisen niemanden etwas angehe. Die Reise Troškis lasse sich hauptsächlich durch eine ernste Verschlimmerung in seinem Befinden erklären. Die Moskauer Reserung habe mit der Möglichkeit gerechnet, daß Troškis Tage wegen seines Lungenerkrankens geächtet sind, und sie habe verhindern wollen, daß beim Ableben Troškis in Rußland das Gerücht entstehe, er sei aus dem Wege geräumt worden.

London, 15. Feber. Der Konstantinopeler Berichterstatter der „Times“ schreibt: Die türkischen Zeitungen haben Beifugung erhalten, von der Anwesenheit Troškis keine Notiz zu nehmen, die türkische Polizei bestätigt jedoch, daß Seiwoff (Troški) in Begleitung von vier Männern, einer Frau und zwei Kindern (vermutlich Detektivs, seiner Frau und seine Kinder) auf dem Dampfer „Alitisch“ eingetroffen ist und als seine Wohnung das Sowjetkonsulat angegeben hat. Ein Grund, ihn sorgfältig zu bewachen, ist der Umstand, daß ein Mordanschlag auf ihn nicht unmöglich ist.

Konstantinopel, 15. Feber. (Neuter.) Trotz Gerüchten, daß Troški in der Nacht nach Angora gefandt werden wird, war das Sowjetkonsulat gestern vormittags noch geschlossen und von Geheimagenten bewacht. Der Sowjetbotschafter in Angora soll mit dem türkischen Außenminister eine Besprechung über Troškis Unterbringung in Angora gehabt haben.

Zum internationalen Jugendtreffen im roten Wien.



Das ist die Lösung, die in diesem Jahre innerhalb der organisierten Arbeiterjugend Europas von Mund zu Mund läuft, das ist die Sehnsucht, der heisse Wunsch so vieler Proleten. Der Junge, der im tiefen Schacht haften und wachen muß, der ungezählte Male den gleichen Hebelgriff an seiner Maschine tut, der auf schwanke Gerüst sein Werkzeug schwingt, der hinterm Ladentisch eilig hin- und herschießt, das blasse Mädel, das Tag für Tag acht Stunden lang an der klappernden Schreibmaschine sitzt, das bei mühsamer Stiderei sich langsam die Augen ruinieren muß, das an der Nähmaschine, hinterm Lodenpult, als Laufmädel sich abradert: alle haben sie die eine Sehnsucht gemeinsam, mitzuschreiten in der Reihe der Jungproleten der Internationale, mitzuschreiten im dröhnenden Massenschritt der Hunderttausende der Arbeiter von Wien. Das rote Wien! Welche Verheißung, welcher Stolz liegt für uns in diesem Wort. Aus Arbeiterkraft geschaffen, von Arbeiterhand veraltet, unser Werk, Zeichen unserer Kraft! Die Flade der Arbeiterschaft aller Länder sind nach Wien gerichtet, hoffnungsfroh und stolz zugleich. Die Burg der internationalen Sozialdemokratie zu sehen, sich mit eigenen Augen von all dem zu überzeugen, was unsere Genossen dort geleistet haben, ist der Wunsch eines jeden Sozialdemokraten. Und nun findet das internationale Jugendtreffen im roten Wien statt! Es ist wirklich kein Wunder, daß es ein sieberhaftes Rasten und Sparen gibt bei unseren jungen Genossen: Keiner will fehlen, wenn die sozialistische Jugendinternationale ihre Bahnen aufspannt im roten Wien!

christlichsozialen Regierung Mayer an alle Parteien einvernehmlich aufgereicht wurden und selbstverständlich auch an die Arbeiter, um die Republik zu schützen und einen eventuellen Einfall der ungarischen monarchistischen Banden auf österreichisches Gebiet abzuwehren.

St. Petri großer Filzzug.

Rom, 15. Feber. „Messagere“ veröffentlicht Einzelheiten über den Inhalt der verschiedenen am Montag unterzeichneten Verträge, die, wie das Blatt meint, Ende Mai ratifiziert werden können. Die Kardinalwürden nach den neuen Abmachungen gleich Prinzen königlichen Geblüts angesehen werden. Sämtliche Kurienkardinalwürden als vatikanische Bürger betrachtet werden mit allen Freiheiten und allem Schutz, die diesen neuen Bürgern zukommen werden. Die vatikanische Staatsangehörigkeit werde noch geregelt, wahrscheinlich werde man die doppelte Staatsangehörigkeit anerkennen. Die Ernennung der Bischöfe werde nach vorheriger Genehmigung mit der Staatsregierung durch den Papst erfolgen. Die handelsamtliche

Geld, Geld und wieder: Geld!

Rom, 15. Feber. „Messagere“ veröffentlicht Einzelheiten über den Inhalt der verschiedenen am Montag unterzeichneten Verträge, die, wie das Blatt meint, Ende Mai ratifiziert werden können. Die Kardinalwürden nach den neuen Abmachungen gleich Prinzen königlichen Geblüts angesehen werden. Sämtliche Kurienkardinalwürden als vatikanische Bürger betrachtet werden mit allen Freiheiten und allem Schutz, die diesen neuen Bürgern zukommen werden. Die vatikanische Staatsangehörigkeit werde noch geregelt, wahrscheinlich werde man die doppelte Staatsangehörigkeit anerkennen. Die Ernennung der Bischöfe werde nach vorheriger Genehmigung mit der Staatsregierung durch den Papst erfolgen. Die handelsamtliche

Tagesneuigkeiten.

Der unergründliche Jenfor.

Der Mann hatte soviel Verstand, daß er fast zu nichts mehr in der Welt zu gebrauchen war. An diesen Satz Vichtenbergs mußte jeder denken, der gestern bei — 20 Grad vor einem Kinopalast stehen blieb, das in der Mitte mit einem gelben Zettel geschmückt war, der die Inschrift trug: „Palast polizeilich verboten“. Aber der Zettel war nicht stark genug um den Dienst zu leisten, für welchen er ansersehen war und so gab er das „Scheinmännchen“ preis, das Verwerfliche, das er vor dem Sinn und den Augen der Staatsbürger hätte hüten sollen. Es war das vom Kinobesitzer gewählte Schlagwort zu dem Film „Revolutionshochzeit“ und lautete: „Das Leben für eine einzige Liebesnacht!“.

Was sich der Jenfor dachte, da er diesen Text als gefährlich für Herz und Gemüt des braven Staatsbürgers befand, wissen wir nicht. Wenn er aber vielleicht glaubt, jemanden davon abzuhalten, für eine Liebesnacht mit dem Leben zu zahlen, indem er ihm das Schlagwort entzieht, dann ist er. Oder geriet der Jenfor vielleicht mal in so eine Situation? Wenn ja, wie so lebt er dann noch und was wurde von der Dame dem Wert des Lebens gleich geachtet als Preis für die Nacht? Dann ist es doch gewiß vernünftiger, statt den Palast zu konfiszieren, dem Leser polizeilich mitzuteilen, was man an Stelle des Lebens gebührt hat und unter welchen Umständen. Daß der Bürger sich durch eine solche „Palastverbot“ verächtlich fühlen würde, ist nicht anzunehmen. Nimmt er doch alles, was von „oben“ kommt, als Offenbarung eines fast göttlichen Geistes auf und so würden ihm die „Erotischen Bekenntnisse eines Jenfors“ auch als staatliches Evangelium erscheinen. Das ewige Konfiszieren wird auf die Dauer doch schon langweilig. **Machen wir es doch mal umgekehrt. Zu jedem Schlagwort die gegenteilige Enthüllung. Das wäre doch weitaus moralischer und interessanter. Da könnte es allerdings dann passieren, daß der Eine oder der Andere allerdings zu nichts mehr in der Welt zu gebrauchen wäre.** Der Jgel.

40 Zigeuner ertrunken.

Eine furchtbare Katastrophe beim Ueberschreiten der Drau.

Gram, 14. Feber. Vor zwei Tagen ereignete sich beim Dorfe Totovec ein furchtbarer Unglücksfall, dem über 40 Menschenleben zum Opfer fielen. Die Zahl der Toten konnte bisher noch nicht genau festgestellt werden. Mehrere Zigeunerfamilien wollten die zugefrorene Drau überqueren. Die ganze Truppe zählte ungefähr 45 Köpfe. Männer, Frauen und Kinder. Sie führten schwer beladene Wagen mit sich. Als sich der Zug in der Mitte des Flusses befand, brach plötzlich die Eisdäcke. Mehrere Wagen verschwanden in der Tiefe. Die Zigeuner versuchten sich zu retten, doch brach die Eisdäcke weiter ein. Auf dem verbleibenden Eis spielten sich unbeschreibliche Szenen ab. Bevor sich die wenigen Zeugen des Unglückes von ihrem Entsetzen erholt hatten, waren sämtliche Wagen und alle Mitglieder der Zigeunerrunde in den eifigen Fluß versunken. Nur zwei Männer, die am Ende des Zuges gefahren waren, konnten dem allgemeinen Verderben entkommen.

Feuerwehr machtlos.

Der Hotelbrand in Franzensbad wüthet fort.

Eger, 15. Feber. Der Brand des Grandhotels in Franzensbad kann zur Stunde immer noch nicht als völlig gelöscht angesehen werden. Der Nacht hat das Feuer auch auf das hintere Stadtwerk übergriffen und dieses völlig vernichtet. Hierbei sind viele der aus den Hauptgebäuden des Hotels geborgenen und hier untergebrachten Möbel und Effekten zugrunde gegangen. Die Feuerwehren standen dem neuerlichen Feuerausbruch machtlos gegenüber, da sämtliche Schlauchleitungen und Spritzen vereist waren und kein Wasser gaben.

Eine ganze Schiffsbesatzung verbrannt.

Hongkong, 15. Feber. Bei dem Brande eines Petroleumschiffes sind 61 Mann der chinesischen Besatzung verbrannt.

Auf dem Wege zur Hochzeit erfroren.

Warschau, 15. Feber. In einem Orte in der Nähe von Petrikau fuhr vorgestern ein Brautpaar auf einem Leitervagen nach Petrikau, um sich dort trauen zu lassen. Als sie nach Petrikau kamen, zeigte es sich, daß die Braut unterwegs erfroren war.

Winterport-Wetter.

Naturfreundens Gerstorf: — 20 Grad C, Schneehöhe 50 Zm. Neuschnee, trüb, Schneefall, Schneefahrt gut, Rodelbahn verschneit.

Wie es im höchstgelegenen Dorf Währens aussieht. Das Dorf versinkt fast im Schnee. An manchen Stellen häuft sich der Schnee fast bis zur Höhe der elektrischen Leitungsdrahten, so daß man, um nicht an die Drahten zu stoßen, gebückt gehen muß. Dort wo sonst der Weg in gerader Linie geht, wimmeln sich Hügel, über die der Fußgänger hinauf und hinab muß. In vielen Stellen sind richtige Sufen in den Schnee gehauen. Der Sturm umtobte das Dorf so arg, daß die Schulkinder, auch die

Vor einer neuen Erhöhung der Lebensmittelpreise?

Der Zucker soll schon wieder teurer werden?

In Kreisen der Zuckerindustrie verdrängen sich immer mehr die Gerüchte, daß eine neue Erhöhung des Zuckerpriese bevorstehe. Sie sei angeblich deswegen unvermeidlich, weil man den Rübenbauern höhere Preise bezahlen müsse. Obwohl die Pläne der Zuckerindustrie noch keine konkrete Form angenommen haben und der Betrag, um welchen der Zucker erhöht werden soll, noch nicht genannt wird, hat die Deffentlichkeit alle Ursache, die dunklen Maginationen der Zuckerbarone und Bankdirektoren aufmerksam zu verfolgen und deren Tun und Handeln mit Misstrauen zu beobachten, um so mehr, als schon bei den letzten Preisverhandlungen gesagt wurde, daß der Rübenpreis von 18 K eine neue Krise der Zuckerindustrie herbeiführe, die nur durch eine neue Erhöhung des Zuckerpriese oder durch eine Herabsetzung der Konsumsteuer zu lösen sei.

Das ganze Treiben scheint von der Zivno-stenská banka ausgehen. Diese Bank hat in letzter Zeit den großen Schöller-Konzern vollkommen an sich gefesselt und stellt nunmehr mit ihren Zuckerraffinerien den größten Zuckerkonzern der Tschechoslowakischen Republik dar. Ist nun dieser Konzern wirklich in Not? Die Schöller'schen Fabriken haben im letzten Jahr einen Reingewinn von 6 1/2 Millionen Kronen ausgewiesen. Das ist der Betrag, den sie ausweisen mußten. In

Wirklichkeit ist aber dieser Reingewinn viel größer und wird in der Bilanz nur deswegen verkleinert, weil man eben der Deffentlichkeit die Notlage der Zuckerindustrie vor Augen führen will. In Wirklichkeit ist die Zuckerindustrie nicht nothleidend, sondern ein Teil der Zuckerfabriken ist technisch vollkommen veraltet. Die Kalkulation des Zuckerpriese nun, die man der Deffentlichkeit mitteilt, ist ganz auf die alten Betriebe aufgebaut, die mit den gegenwärtigen Zuckerpriese noch ihr Auslangen finden. Die neueren, technisch auf der Höhe stehenden Betriebe aber stecken eine Differenzialrente ein, die in die Millionen geht. Unserer Zuckerindustrie tut eine technische Umgestaltung not und die Konsumenten sind durchaus nicht dazu bereit, die Opfer zu tragen, für die Zuckerfabrikanten, die zum Teil zu bequem sind, zum Teil die Kosten scheuen, um in ihren Betrieben etwas zu investieren. Die Folgen dieser Zuckerpolitik sind heute schon klar zu Tage getreten. Ihr bedeutendstes Zeichen ist der Rückgang des Zuckerkonsums. Die hohen Zuckerpriese sind es, die unsere Zuckerindustrie ruinieren.

Wir schließen uns gewiß der Ansicht an, daß die hohe Konsumsteuer herabgesetzt werden soll. Wenn aber diese Herabsetzung erfolgt, darf sie nicht zugunsten der Fabrikanten sein, damit diese noch mehr verdienen, sondern zugunsten der Konsumenten.

zunächstwohnenden, oft tagelang nicht in die Schule gehen konnten. Eine alte Frau, die vor kurzem starb, mußte neun Tage in der Kapelle liegen bleiben, bevor sie begraben werden konnte. Am Friedhof lag der Schnee drei Meter und noch höher und so konnte kein Grab gegraben werden.

Nach dem Tanz erfroren. Ein armes Dienstmädchen aus Althütten bei Oberplan ist nun ein Opfer des Fashings und der Kälte geworden. Am Fashingsonntag war sie bei der Tanzmusik in Oberplan. Als sie Montag früh nach Hause kam, blieb sie beim Eintreten in die warme Stube, ohne ein Wort hervorbringen, eine Weile stehen und fiel dann bewußtlos nieder. Der herbeigerufene Arzt konstatierte Erfrören, insbesondere der Glieder und forderte Ueberführung ins Spital. Der Zustand verschlimmerte sich, so daß sich der Abtransport verzögerte, und am Fashingsdienstag trat der Tod ein. Tanz am den Tod...

Rein Blum nach Spanien. Die spanische und die tschechoslowakische Regierung sind übereingekommen, ab 15. Feber d. J. gegenseitig die Visumpflicht aufzuheben.

Die belgische sozialistische Presse ist um ein Organ reicher. Seit einigen Tagen ist im Verlage des Brüsseler „Peuple“ die erste Nummer einer illustrierten humoristischen Zeitung „La Trique“ (Der Knüttel) erschienen. Das neue Organ verpricht, den Lesern recht viele und tüchtige Hebe auszuteilen. Die Zeitung erscheint alle vierzehn Tage. — Die holländische Arbeiterpartei und die Gewerkschaften gründeten dieser Tage eine Arbeiterpresse A.S. Der niederländische Gewerkschaftsbund brachte zu diesem Zweck 1 Million Gulden auf. Die Arbeiterpartei trat mit allen Beständen der neuen Gesellschaft bei. Inzwischen sind 2000 Quadratmeter Gelände zum Bau neuer Pressenhäuser aufgekauft worden. Das neue Gebäude soll in zwei Jahren fertiggestellt sein. Es erhält eine Frontseite von 27, eine Tiefe von 50 und eine Rückseite von 40 Metern.

Tschechische Jüdin gesucht. Wir lesen in der „Bohiska“ folgendes geschäftstüchtige Inserat:

Tschechische Jüdin gesucht!

Wegen Mangel an Zeit und Bekanntheit suche ich für einen höheren Beamten eine schöne, gesunde, tschechische Jüdin bis 28 Jahre. Offerte in deutscher Sprache unter „Bezirksstadt“ an die Adm. d. Bl.

Die Gattin, Begründerin der neuen Generation, wird hier offenkundig wie eine Angeheulde geschicht, dem Inserat nach zu schließen werden sogar Sprachkenntnisse als „Beschäftigungsnachweis“ gefordert, um dem Ehemann in der Bezirksstadt die Existenz und leichte Lebensmöglichkeit auf alle Fälle zu sichern. Der Inserent ist sicherlich ein Dante gefasht und hat den Sinn des Lebens voll auf erfahrt: „O Liebe, deren Strahl mich zog nach oben!“

Josefine Baker und das tschechische München. Vom 16. Februar ab hatte die Münchener Varieté- und Revue-Bühne „Deutsches Theater“ die bekannte Negertänzerin und Sängerin Josefine Baker zu einem kurzen Gastspiel verpflichtet. Dieses Engagement hat die Polizeirektion sehr unerbunden mit der Begründung, daß durch das Auftreten der Josefine Baker eine Verletzung des öffentlichen Anstandes und damit der öffentlichen Ordnung zu erwarten gewesen wäre. Es ist nicht das erste Mal, daß die Münchener Polizeidirektion in solchen Dingen sich zum Büffel der Kulturaktion und der nationalen Hinterlinge hergibt. In Dutzenden von Fällen ist sie besonders gern vor den Drohungen der Diktatoren zurückgewichen. Das Stillerorgan begrüßt dieses Vorgehen der Polizeidirektion u. a. mit folgenden Worten: „Es wäre auch zu peinlich für die Polizei gewesen, dieses überall ausgepfiffene alte Negermädchen gegen die emporstrebenden Theaterbesucher in Schutz nehmen zu müssen.“ Daraus ist ohne weiteres zu ersehen, daß die Stillerleute einen Theaterkandal

Preisausschreiben.

Der Verband „Arbeiterfürsorge“ benötigt ein prägnantes Zeichen, das er bei allen seinen Veröffentlichungen als Symbol verwenden kann. Dieses Zeichen soll in der Art der Verlagszeichen gestaltet sein. Die Bedingungen sind: 1) Es müssen die Initialen A. F. zur Verwendung gelangen. 2) In der Umrahmung muß die Idee der Arbeiterfürsorge zum Ausdruck kommen. 3) Die Einreichung der Entwürfe muß bis längstens 15. März erfolgen. Diese Entwürfe sollen vor allem Ideenreichtum zeigen. Es ist deshalb nicht erforderlich, daß sie zeichnerisch ganz korrekt ausgeführt sind, wenn dies der Fall ist, wird es natürlich begrüßt.

Als Preise werden festgesetzt:

1. Strauß: „Die Geschichte der deutsch-böhmischen Sozialdemokratie“, Band 1 und 2, Ganzleinen.
2. Ein Roman von Jack London nach Wahl.
3. Grundmann: „Aus'm Schieferland“, Ganzleinen.

An alle zeichnerisch begabten Genossen und Genossinnen ergeht die Aufforderung, sich an diesem Preisausschreiben rege zu beteiligen.

Der Vorstand des Verbandes „Arbeiterfürsorge“.

Nacht über auf dem See unvertreiben. Fünf von ihnen konnten am Donnerstag mit erfrorenen Gliedern geborgen werden. Die drei anderen, junge Burken, waren tot. Ein Versuch, mit Hilfe eines Dampfers aus Friedrichshafen und einem Boot der Landespolizei die Eisklöße mit den drei Leichen aufzufinden, scheiterte infolge des dichten Schneegestöbers und des starken Nebels.

Eine Bestie in Menschengestalt. Das Schwurgericht in Znaim verurteilte dieser Tage den Tagelöhner Johann Bloudicek wegen eines Raubüberfalles und Notzucht zu 18 Jahren schweren Kerkers. Bloudicek, ein wegen Notzucht und Mordversuch an seiner Geliebten bereits vorbestrafter Mensch, hatte im Oktober 1928 eine 21-jährige Lehrerin mit einer Hade niedergeschlagen, die Frau vergewaltigt und ihr die Geldbörse abgenommen. Der Täter flüchtete und wurde von der Gendarmerie in einer Erdhöhle neben einem Friedhof aufgefunden. Er machte vor Gericht einen völlig verwirrten Eindruck und gestand zynisch, schon längere Zeit geknaut zu haben, sich durch einen Raubüberfall Geld zu beschaffen. Der Gebanke, einen Notzuchtsakt zu verüben, sei ihm erst angefallen der hübschen jungen Lehrerin gekommen.

Die Hinrichtung. In dem serbischen Dorfe Bladinirci wurde vor einigen Tagen an dem Bauernknecht Miladin, der seinen Arbeitgeber ermordet hatte, das Todesurteil vollstreckt. Als der Delinquent im fahlen Dämmerlicht des Todesmorgens nach seinem letzten Wunsch gefragt wurde, verlangte er Kraut, Weißbrot und einen halben Liter Wein und sagte: „Laßt mich in Ruhe dieses schöne Essen genießen, und dann geht's ans Sterben. Bis zu meinem Verbrechen habe ich ehrlich gedient und gearbeitet, mich aber nie richtig satt essen und satt trinken können.“ Nach der Denkersmahlzeit wurde er den Gendarmen übergeben. Der Schmied, der die Fesseln sprengen sollte, zitterte vor Erregung bei seiner Arbeit. „Was, du zitterst?“ meinte Miladin, „das ist Schicksal. Aber Gott möge jene strafen, die mich bis zum Weißbrot ausbeuteten und hierher brachten.“ Bei der Verlesung des Urteils unterbrach er ungeduldig den Majler: „Aber, Herr Lubitsch, hören Sie doch schon auf. Ich kenne das alles. Paragraph 151, Punkt 1, Tod und fertig. Was zieht ihr alles so in die Länge! Macht recht schnell Schluss!“ Er trat dann in die Grube, sang ein schwermütiges südslawisches Lied, reichte sich straff empor und rief den Gendarmen schmerzhaft zu: „Feuer!“ Zwei Salven trachten und Miladin war tot.

Trinkerheilstätte Tschlow. Während in Deutschland und der Schweiz schon vor dem Kriege durch den Guttemplerorden und die konfessionellen Abstinenzvereine, Bausprengvereine und Weisches Kreuz, Trinkerheilstätten errichtet worden waren, die Alkoholtränke bereiten und heilen, wurde bei uns in der Republik erst nach dem Umsturz die erste Trinkerheilstätte eröffnet. Der tschechische Abstinenzverein hat mit Unterstützung des Ministeriums für Volksgesundheit das Schloß Tschlow bei Bilin erworben und dort seit dem Jahre 1924 an 150 Alkoholtränke behandelt. Die Leitung verbandet einen Bericht über die ersten hundert entlassenen Fälle, von denen 43 als geheilt zu betrachten sind, die andern teils als rückfällig oder teilweise gebessert angeführt werden. zehn Patienten mußten wegen ungebührlichen Benehmens vorzeitig entlassen werden. Der Nationalität nach waren 82 Tschechoslowaken, 17 Deutsche, 1 Russe, der Konfession nach 78 katholisch, 14 konfessionslos, 5 tschechoslowakisch, 4 protestantisch, 3 Muslime, 1 griechisch-katholisch. Unter den Patienten waren drei Frauen. Von den 100 Alkoholtränken waren 10 Lehrer, 82 Beamte, 18 Gewerbetreibende, 11 Kaufleute, 5 Ingenieure, 3 Aerzte. Das Ministerium für Volksgesundheit stellt für unbedeutende Trinker monatlich eine Anzahl Freiplätze zur Verfügung und es wäre nur zu wünschen, daß das Verständnis für die rechtzeitige Inanspruchnahme der Anstalt in allen Schichten der Bevölkerung größer wäre und daß besonders die arbeitsfähigen Mitglieder, die trunksüchtig sind, den Aufenthalt in der Trinkerheilstätte ermöglichen, ehe sie unheilbare Alkoholiker werden.

vorbereitet hatten. Nach dem Programm sollte Josefine Baker in München nicht als Tänzerin, sondern als Liederkängerin auftreten. Der Zubehörer des Deutschen Theaters hat Beschwerde beim bayerischen Innenminister eingelegt.

Tadone abberufen. Der italienische Konsul Tadone, der während seiner tschechoslowakischen Wirksamkeit wiederholt vor sich reden gemacht hat und dessen Affäre mit dem Brünner „Tagesbote“ noch in frischer Erinnerung ist, verläßt die Tschechoslowakei und wird von der italienischen Regierung durch den neuen Konsul Carlo Cesare Conti de Tornelli ersetzt. Das Ausscheiden des Konsuls Tadone aus seiner bisherigen Wirksamkeit wird sicherlich die größte Befriedigung auslösen.

Beim Verschleßen getötet. Aus Pilsen wird gemeldet: Freitag nachmittag wurde auf dem Pilsener Bahnhof beim Rangieren der 33-jährige Eisenbahnangestellte Johann Bäckel aus Wolzow bei Pilsen von einem Waggon erfasst und so schwer verletzt, daß er auf dem Wege ins Krankenhaus starb.

Opfer der Arbeit. Auf dem Wessoburger Ammoniahoert wurden vier Arbeiter durch Betriebsgas, das einer unüblichen Stelle der Leitung entströmte und sich entzündet hatte, verbrannt. Einer ist gestorben, zwei sind schwer, einer leicht verletzt.

Töblicher Unfall in den Stobawerken. In den Stobawerken in Pilsen führten Freitag vormittags zwei Arbeiter und ein Werkführer dem Vertreter eines ausländischen Institutes einen sogenannten Katalysator vor, wobei das Wasser aus der Maschine abgelassen wurde. Als der Behälter freigebracht war, brach plötzlich infolge des starken Druckes ein Strom des in dem Katalysator enthaltenen Wassers hervor, so daß alle Arbeiter zur Erde geworfen wurden. Der 25-jährige Schlosser Adalbert Jezek aus Wolzow wurde sofort getötet, der Werkführer Adolf Stadil und Josef Bolmut wurden schwer verletzt. Das Unglück rief unter der Arbeiterschaft grobe Erregung hervor.

Duell wegen einer Zeitungsentee. Ein Duell zwischen einem französischen und einem amerikanischen Journalisten fand am Donnerstag Morgen im Wald von Boulogne statt. Der Franzose hatte sich in seiner Ehre schwer gekränkt gefühlt, da der Amerikaner ihn mit einigen Sensationsmeldungen über den Gesundheitszustand des franken Marshalls hoch genarrt hatte. Die einzig mögliche Weise, diesen Schimpf wieder gut zu machen, war für ihn die Forderung seines amerikanischen Kollegen. Die beiden trafen sich in der strengen Winterkälte mit ihren Sekundanten im einsamen Wald. Die Geschichte lief aber nicht tragisch aus: denn nach einigen fehlgegangenen Schüssen verfochten sich die beiden Helden.

Sinnvolle Warnung. Die französische Gemeinde Arcillac hat zur Warnung der Automobilisten an den Ortschaften Tafeln aufstellen lassen, auf denen die sinnvollen Worte stehen: „Fahren Sie langsam, so sehen Sie unser Dorf; das ist sehr schön! Fahren Sie schnell, so sehen Sie unser Gefährt; das ist weniger schön und sehr ungesund.“

Mord wegen zehn Mark. Auf der Polizeiwache in Duisburg erschien ein 27-jähriger stellenloser Kaufmann, der sich selbst beschuldigte ein Mädchen ermordet zu haben. In einem Absteigequartier, das beide eingekerkert hätten, habe ihm das Mädchen zehn Mark entwendet. Er sei darüber so in Wut geraten, daß er das Mädchen erlögte. Die Ermittlungen der Polizei ergaben die Richtigkeit der Angaben.

Tragödie im Eise. Auf der österreichischen Seite des Bodensees bei Hard hatten sich am Mittwoch abend fünf junge Burken und drei Erwachsene auf das Eis gegeben, um das gegenüberliegende Ufer zu Fuß zu erreichen. Infolge des plötzlich eintreffenden starken Windes löste sich eine große Eisklöße los und rief mit den acht Menschen in den See hinaus. Die Hilferufe verhallen. Die Unglücklichen mußten die ganze

Kleine Chronik.

Die Füllfeder als Schutzwaffe. Die Verbrecher in Amerika bedienen sich der modernsten Erfindungen der Technik. Bei Überfällen auf Banken und Geschäfte kommt es immer öfter vor, daß die Verbrecher harmlose Füllfedern aus der Westentasche ziehen, die sich aber bald als fürchterliche Waffen entpuppen. Diese scheinbaren Füllfedern sind kunstvoll gearbeitete kleine Schußwaffen, aus denen den Koffer giftige oder tränenreizende Gase treten, oder sie sind Revolver von winzigem, aber aus der Nähe doch gefährlichem Kaliber. Diese Waffen der Verbrecher sind so sehr verbreitet, daß die Polizei überall die Befehle erteilt, den in Gewehrhaft oder Untersuchungshaft genommenen Leuten die Füllfedern abzunehmen.

Kate für die Ostsee. Eine der langsamsten Zehlfischschiffe ist kürzlich auf einem Passagierdampfer von New York abgefahren. Sie besteht in 30.000 lebenden Katen, die vom St. Lorenzstrom stammen und für die Ostsee bestimmt sind. Die Fische befinden sich in großen zylindrischen Gefäßen, die mit Pumpen in Verbindung stehen; während der ganzen Reise wird durch diese Pumpen das Seewasser in einer beständigen Strömung erhalten, um den Fischen günstige Lebensbedingungen zu geben. Die Käte sollen an der deutschen Ostküste eingesetzt werden, um hier die Kalzfischerei zu fördern. Mit der Pflege der Fische während der ganzen Reise sind vier erfahrene Kalzfischer beauftragt.

Einbaum aus der Steinzeit. Naturhistorische Fischer machten in den letzten Tagen einen sehr seltenen Fund. Sie entdeckten mit einem Tiefsee ein vier Meter langes altertümliches Fahrzeug zutage, das sich, wie später angestellte wissenschaftliche Untersuchungen ergaben, als ein Einbaum aus der Steinzeit erwies, der vortrefflich erhalten ist. Der Fund wurde dem Königsberger Prussia-Museum übergeben.

Napoleon als Kollaborateur. Kürzlich wurden, so liest man in der „Literarischen Welt“, in der Bibliothek eines polnischen Schlosses mehrere unvollständige Manuskripte Napoleons gefunden. Diese Manuskripte, ungefähr fünfzehn, sind in einem reichgeschmückten Band zusammengedruckt. Unter ihnen befindet sich eine nicht vollendete Novelle „Alison et Eugénie“, betitelt, die eine Art autobiographisches Fragment ist; sie behandelt die flüchtige Leidenschaft Napoleons für die Gattin Bernadottes. Unter anderem befinden sich bei diesen Manuskripten militärisch geschichtliche Aufzeichnungen aus dem italienischen Feldzug. Der polnische Professor Simon Mienow wird diese Dokumente demnächst veröffentlicht und sie mit Anmerkungen in französischer und polnischer Sprache versehen.

Wirtschaft.

Die Fünftagewoche marschiert — in Amerika!

Während die meisten Regierungen und Unternehmer Europas versuchen, sich um den Achtstundentag und die Washingtoner Konvention herumzudrücken, marschiert in dem Lande, das f. Z. dem internationalen Arbeitszeitübereinkommen den Namen gegeben hat, auf der ganzen Linie die Fünftagewoche. In letzter Zeit sind in den Vereinigten Staaten verschiedene bedeutende Kollektivverträge abgeschlossen worden, in denen die Fünftagewoche festgesetzt ist. So unterzeichnete der Bund der Photo-Engravers in drei Städten (worunter New York und Philadelphia) einen Kollektivvertrag, der die Einführung der Fünftagewoche für die Zeit von sechs Jahren. In 29 anderen Städten sind ähnliche Verträge — ebenfalls für eine Zeit von sechs Jahren — in Vorbereitung. Wird ausnahmsweise auch Samstag gearbeitet, so ist eine Zulage von 50 Prozent des Lohnes zu zahlen. Im übrigen bleibt der Lohn für die fünf Tage der gleiche.

Regergericht.

Vor dem Hause des Peter Burckhardt sammelt sich das Volk. Ein Raunen und Wispern und dumpfes Murren geht durch die Menge. Die Gesichter sind durchdrungen, mager und kanzig. Man sieht, daß die Mägen, die zu den Geschlechtern gehören, schon seit Generationen hungern; und nicht weniger die Gehirne, die hinter den dumpfen Stirnen lagern.

Mein's Ruh hat vorgestern verfaßt. Die Menge erzählt sich mit unheimlich glühenden Augen und ekstatischen Gebärden, daß Meir geblieben habe, wie die Nacht zuvor die Stalltür aufgeschlagen sei, als ob ein Sturm daran gerüttelt habe, und daß, als er in den Stall gekommen sei, und Weichwasser gespritzt habe, der Kuh die Haare und der Schweif zu Berge gestanden hätten. Dem Vater Solch ist gestern seine Flöge verrotzt. Und nach's hat man gelbe Schwefelstammen durch das Dorf tanzen sehen.

Und die Kriegsfurie ist wieder durch das Land geritten. Sie hat diesmal auch den kleinen bescheiden Marktchen nicht verschont. Das Glend ist groß. Der Feldbauernmann hat der Gemeinde eine schwere Kontribution auferlegt. Die Türker brechen unter der Last schier zusammen. Dazu ist die Ernte schlecht.

Der Beit-Jörg, ein langer, hünenhafter Kerl mit einem gerbeulichen Bulldoggengesicht, unter webriger Stirn hat heute alle Dorfwohner zusammengetrommelt. Der Pfarrer, sagt er,



Wenn das passiert,

lacht Frau Annie Jung, geb. Klug, fröhlich dazu. Was kann so ein kleines, tolpatschiges Mädi dafür. Schnell ein sauberes Kleidchen und ein sauberes Latzel, dazu eine reine Schürze für die Mama. Alle Flecke entfernt mühelos



Sport • Spiel • Körperpflege

Achtung — 9. und 10. Bezirk des V. Kreises! Wir machen die Vereine der beiden Bezirke nochmals auf den am 23. und 24. Febr. l. J. in V. Lippa stattfindenden Turnkurs für Frauen- und Kinderturnen aufmerksam. Beginn des Kurses am 23. Febr. 9 Uhr vormittags, in der großen städtischen Turnhalle. Jeder Teilnehmer muß eine Tüte mitbringen. Die Vereine werden ersucht, die mit dem Rundschreiben erhaltenen Fragebogen zu beantworten und umgehend an den Bund einzuschicken. Dem V. Kreis nicht angehörende Vereine haben keinen Zutritt! — Fern. Hauptauskunft.

Die heutige Sportmesse wird anlässlich der XVIII. Prager Frühjahrsmesse (17.—24. März) im Pavillon C am alten Messgelände abgehalten werden. Dieser ganze große Pavillon nebst der anderen freien Standfläche wird für Sommer- und Winter Sportgeräte zur Verfügung stehen. Auf der freien Standfläche soll wesentlich der Radsport zur Geltung kommen. Die Motorradmesse wird mit der Sportmesse in jedem Sinne eine reiche Auswahl bieten.

Gehaltsforderungen der Bankangestellten.

Die Bankbeamtenorganisationen teilen mit Länger als ein Jahr dauern die Verhandlungen über die Stabilisierung der Bezüge der in den Verbandsbanken angestellten Beamten, die vom Bankverband nach Gewährung der Pensionsreform abisiert wurde. Obwohl die letzten Forderungen unter Hinweis auf die vorbereitete Stabilisierung abgewiesen worden waren und obwohl beide Organisationen bereits im Oktober v. J. ihre Ansprüche als Grundlage für die weiteren Verhandlungen überreicht haben, wurden bisher weder die Verhandlungen eingeleitet, noch hat der Bankverband den Organisationen seinen Verhandlungsentwurf übermittelt. Vom Bankverband wurden nur einige Grundsätze mitgeteilt, nach denen die Institute bei der künftigen Gehaltsregelung vorzugehen beabsichtigen. Diese Grundsätze würden eine vollkommene Abkehr vom jetzigen System der schematischen Bezahlung bedeuten und der Beamtenschaft feinerlei generelle Erhöhung der Bezüge und zwar nicht einmal für den Fall der weiteren Lockerung des Mietpreises bringen. Die Banken beabsichtigen vielmehr nur eine „Inflationskorrektur“ der jetzigen unter den verschiedensten Titeln ausgezahlten, jedoch unzureichenden Gehälter mit zehrfachen und durchgreifenden Verschlechterungen gegen den bisherigen Stande durchzuführen. Jeweils Feststellung, ob es möglich sei, trotz dieser grundsätzlichen Differenzen die Voraussetzungen für das Zustandekommen eines Vertrages zu finden, haben beide Organisationen bereits früher die Vorlage des endgültigen Bankentwurfes gefordert. Da dies nicht erfolgte, haben sie den Bankverband neuerlich aufgefordert, sich in kürzester Zeit zur Frage der Verhandlungen zu äußern, so zwar, daß die für die nächste Woche einberufene Plenarversammlung der Vertrauensmänner aller Sparkassen zur Gesamtsituation Stellung nehmen kann.

Weiße Zähne

machen jedes Antlitz ansprechend und schön. Ob schon durch einmaliges Waschen mit der herrlich erfrischend wirkenden Chlorodont-Zahnpaste erzielen Sie einen wunderbar reinen Glanz Ihrer Zähne, auch an den Seitenflächen, bei allerbesten Bemühung der besten eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezähmtem Vorstrichen. Feinende Zahnpaste in den Zahnräumen — als Ursache des fäuligen Mundgeruchs werden rasch beseitigt. Verwenden Sie es zunächst mit einer Tube zu 4 Kr., große Tube 6 Kr., Chlorodont-Zahnbürste für Damen 7 Kr. (wilde Vorstreich), für Herren 8 Kr. (harte Vorstreich). Nur echt in blau-weiß-grüner Originalpackung mit der Aufschrift „Chlorodont“. Überall zu haben.

Österreichische Gewaltpolitik. Das Bundesvorstandsmittelglied des deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Pfähler, der Vizebürgermeister von Wiener-Neustadt, war kürzlich Referent in einer Versammlung, die von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs einberufen war. Die fascistischen Heimwehren hatten mitgeteilt, daß sie einer solchen Versammlung mit Redefreiheit und Gerechtigkeit beizuwohnen müßten, aber an dem Tage nicht erscheinen könnten. Das war ein Täuschungsmanöver. 200 Heimwehrlaute hatten den Saal besetzt, die Führer waren ebenfalls da und beim Beginn wollte man die Leitung der Versammlung an sich reißen. Dabei wurde Pfähler von der Bühne gerissen und durch Spatenschläge am Kopf verletzt. Die Heimwehr war mit Stahlhelm, Spaten und Gummiknütern ausgerüstet. Die Arbeiterschaft tat ihr Schuldigstes und brachte die Heimwehr hinaus. Verletzte gab es hüben und drüben. Bemerkenswert



ist, daß unter den Heimwehrläuten auch Mitglieder des Deutschen Turnerbundes (1919) waren, der auch in der Tschechoslowakei Vereine besitzt. Im Niederösterreichischen Landtag ließ der Kreisobmann dieses Bundes, Prof. Zipp, bei Behandlung dieses Falles Hauptmann Babst, den Führer der österreichischen fascistischen Heimwehren, Kapp-Butschist und Arbeitermörder, hochleben. Deutsch treu! Gut Heil!

Der nordamerikanische Arbeitersport kommt nur äußerst langsam vorwärts; ein Spiegelbild der dortigen gesamten Arbeiterbewegung. Und doch sind angezählte tausende Arbeitersportler drüben, die in Europa zum Teil zu den tüchtigsten Funktionären im Arbeitersport gehörten. Es weicht nur einer von dem anderen nicht. Darum immer wieder die Mahnung: Wer gute Freunde drüben hat, gebe ihnen die durch uns veröffentlichten Anschriften. Für Groß-New York sei heute folgende genannt: Ludwig Daiber, 2721 Myrtle Ave Brooklyn, N. Y. U. S. A.

Die Turnspiele in der SAZ. Als Turnspiele werden in den Verbänden der Sozialistischen Arbeitersport-Internationale gepflegt: Handball, Fußball, Rastball, Schlagball, Trommelball, Korfball, Gajana und Volleyball, Land- und Eishockey und Tennis. Soweit beim Internationalen Jahresschluß der SAZ für Turnspiele Berichte über den Stand der Turnspielbewegung der beiden letzten Jahre von den Verbänden eingelaufen sind, ist eine günstige Entwicklung festzustellen. Nicht nur daß in den Ländern mit langjähriger Spielbewegung diese ziffernmäßig und organisatorisch stärker geworden ist, hat sie auch in bis jetzt unerschlossenen Gebieten Eingang gefunden. Besonders erfreulich ist das starke Anwachsen des internationalen Spielverkehrs, an dem besonders die Verbände Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei (Aussig), Schweiz und Belgien beteiligt waren. Charakteristisch für das verfloffene Jahr sind zwei Erscheinungen: die rasche Verbreitung des Handballspiels und das Eindringen des Tennis in den Arbeitersport. In Dänemark hat zum Beispiel der Arbeitersport gestützt auf das Tennis seinen Eingang gefunden.

Der Arbeitersportverband in der Schweiz. Mit Antritt des Jahres 1929 hat der Schweizer Arbeitersportverband das vierzigste Jahr seines Bestehens hinter sich. Im kräftigsten Mannesalter steht er da, gefestigt durch Erfahrung, reich an Wissen und Können. Wie die vorhergehenden Jahre hat der Verband auch im letzten Jahre wieder zugenommen. Acht neue Sektionen schlossen sich ihm an. Zur Jahresende kam noch die frohe Kunde, daß die „Association romande des chorales ouvrières“ (Romantischer Verband für Arbeiterchoräle) die bisher für sich selbst existierte, ebenfalls sich zum Beitritt in den Arbeitersportverband entschlossen habe, womit dem Verbandsverband neuerdings elf Sektionen zugeführt werden

hät' ihn geschickt. Der Peter Burckhardt sei ein Keger, flüsterte er den Leuten zu. Das Teufelswort flücht wie Feuer über die Menge hin. Ueber dem Dache des Burckhardt habe ein roter Teufel in der Nacht geschwebt und sei durch den Kamin ins Haus verschwinden. Und bei Weib und Mann habe man ihn auch gesehen, den Teufel.

Die Weiber und Männer bekrenzen sich, als der Beit-Jörg das sagt. Die Weiber kriegen weiße Gesichter und fangen an, hysterisch zu schluchzen. Der Beit-Jörg aber reißt sein breites Maul noch weiter auf und sagt, die Weiber sollten sich nicht wundern, wenn ihre Ruh nächstens auch verfaßten würde, wie die des Meir. Und es würde vielleicht noch mehr verrotten, als nur die Flöge des Vaters Solch. Ueberhaupt sei niemand mehr seines Lebens sicher. Es sei auch kein Zufall: das mit der Kriegsfurie, der Kontribution und der Mißernte. Der Herr wisse genau, was er tue, wenn man dem Teufel Herzberg gäbe in einem christlich-katholischen Dorfe.

Die Männer sind kopflos und toben; die Weiber heulen und jernern. Sie stehen alle in Gruppen beisammen und starren schen nach des Burckhardt Haus. Alle sagen jetzt sie hätten es dem Burckhardt schon immer angesehen, daß es nicht geheuer sei ihm sei, dem scheuen Manne, dem aus Welschland oder weß Gott woher Zugewander'ten, Einer, der nicht in die Kirche gehe und den Bauern unverständliches Zeug rede, der in Kisse ja mit dem Teufel halien.

Jetzt fängt die Glocke an zu läuten. Wahrscheinlich hat der Meirner wieder einen Soldaten-

trupp aufs Dorf zu reiten sehen. Schon wollen die Leute nach allen Seiten anschauernd stehen — da hört die Glocke wieder auf zu läuten, plötzlich und unvermittelt noch ein paar Anschlägen. Die Bauern bleiben stehen und starren, und da kommt auch schon von der Kirche her der Bub des Beit und schreit: „Der Teufel, der Teufel!“ Dann erzählt er atemlos den Bauern: „Wie der Meirner die Glocke hat läuten wollen, da hat sie gar nicht wollen und wie er stärker zog, da hat sie dreimal angeschlagen, und dann hat es einen Knack gegeben, und der Knäppel ist durchs Dach gekommen und hat den Meirner totgeschlagen. Die ganze Brust hat es ihm eingedrückt.“ Der Bub ist noch ganz weiß vor Schreck, als er die Geschichte erzählt.

Eine Weile sieht das Volk wie starr. Dann heult es los. Am lautesten schreit der Beit-Jörg. Er stößt die andern beiseite und rennt auf Burckhardt's Haus zu. In diesem Augenblicke geht auch schon die Türe auf, und der Burckhardt steht auf der Schwelle. Er ist ein mittelgroßer Mann mit einem Gesicht, das nicht unter die Bauern paßt. Er ist Österricher und erst vor wenigen Jahren aus Italien gekommen, wo er die Kunst beim Meister Amati gelernt hat. Als er jetzt den Beit-Jörg vor dem todbenden Knäppel steht, weiß er, was die Glocke geschlagen hat. Vor einem Jahre hat er dem Beit-Jörg, dem verkommenen Numpan, Geld verweigert, das ferner von ihm haben wollte. Später hat er ihn einmal verschont, als jener im Walde ein Bauernweib aus dem Grenzort bedrängte. Seit

damals hat der Beit-Jörg den Burckhardt gehaßt und ihm eins ausgewischt, wann und wo er nur konnte. Im Pfarrer, dem der Meir aus Welschland schon lange ein Dorn im Auge war, hat der Beit-Jörg einen guten Bundesgenossen gefunden.

Nun ist der Tag der Abrechnung gekommen. Die Bauern sind außer Rand und Band. Jetzt, da der Glockenkloppl, den der Beit-Jörg angefeilt hat, herabgestürzt ist und den Meirner erschlagen hat, sind die Bauern zu allem fähig. Denn Gott hat ihnen ein Zeichen gegeben. Mit fanatischer glühenden Augen und hysterischem Geschrei dringen sie auf den Burckhardt ein. Sie schleppen ihn auf den Schindanger, binden ihn fest, häufen Holz und Reisig um ihn und jünden es an. Sie brauchen keinen Inquasitor und keinen Richter: Gott hat gesprochen und den Herrschmeister verurteilt.

Am andern Tage zieht der Beit-Jörg in das Burckhardt-Haus. Er hat dem Dorfältesten ein Pergament vorgezeigt und ihm bedeutet, das sei ein Schuldschein vom Burckhardt. Der Dorfälteste kann nicht lesen und sagt, wenn dem so sei, dann solle der Beit-Jörg das Haus des Meirners nur nehmen. Aber der Pfarrer müsse das Herrschmeisterhaus vorher reinigen.

Und dann ist der Pfarrer gekommen und hat das Haus mit Weichwasser, Weichrauch und Psalmen eingeweiht, damit es ein Gott wohlgefalliges werde. Heinz Eisgruber.